

Dokumentation

Waffenstillstand sofort! Nein zum Krieg – Nein zum sozialen Krieg gegen das Volk!

Veranstaltung in Berlin am 4. März 2023
Reden und Grußadressen

50.000 folgten am 25. Februar 2023

dem Aufruf zum „*Aufstand für Frieden*“ von Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer.

- Stopp der Waffenlieferungen
- Sofort Waffenstillstand
- Für Diplomatie und Verhandlungen

Trotz

- einer breiten Hetzkampagne der Bundesregierung und zahlreicher Medien,
- der Verleumdung der Kundgebung als rechts offen und demokratiefeindlich durch große Teile der Führung der Linkspartei,
- der gleichzeitigen Organisation einer von der Regierung gesteuerten staatlich organisierten Kundgebung für Waffenlieferungen.

Sahra Wagenknecht unter sehr großem Beifall: „*Von jetzt an werden wir unsere Stimme so laut erheben, dass sie nicht mehr überhört werden kann*“.

Und später: „*Wir sind hier, weil wir uns von der deutschen Regierung nicht vertreten fühlen*“,

nicht durch **Baerbock**, die aus Versehen so nebenbei Russland den Krieg erklärt, nicht von einem **Kanzler Scholz**, der erst immer zögert und dann vor den Kriegstrommlern einknickt.

„*Wir glauben Eure Lügen nicht mehr. Unsere Freiheit wird nicht in der Ukraine und nicht am Hindukusch verteidigt*“.

Eine Woche später, am 4. März 2023, fand in Berlin eine eindrucksvolle Diskussionsveranstaltung statt, an der etwa 150 Kolleginnen und Kollegen mit engagierten Beiträgen teilnahmen. Im Zentrum der Diskussion standen die Fragen des Kriegs, des sozialen Kriegs, nach dem „Wie weiter?“

In dieser Broschüre dokumentieren wir die Diskussion, die unterschiedlichen Positionen, sowie Grußadressen aus sieben europäischen Ländern.

Spendenpreis: 3 Euro



Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur Dokumentation und Einführung auf der Versammlung gegen den Krieg am 4. März in Berlin	3
Reden auf der Versammlung	5
Zur Diskussion: Aus dem Gesundheitswesen und zu den aktuellen Tarifikämpfen	22
Großbotschaften aus Frankreich, Spanien, Portugal, Italien, Griechenland, Rumänien, Österreich, der Schweiz und Belgien	26
Aufruf „Gewerkschafter sagen: Nein zum Krieg – Nein zum sozialen Krieg gegen den Sozialstaat“	32

Links:

Aufstehen Berlin: <https://aufstehen-berlin.com/>

Heizung—Brot—Frieden: <https://heizung-brot-und-frieden.de/>

Berliner Friedenskoordination: <http://www.frikoberlin.de/>

Soziale Politik & Demokratie: <https://www.sozialepolitikunddemokratie.de/>

Politischer Arbeitskreis für unabhängige Arbeitnehmerpolitik: www.arbeitnehmerpolitik.de



„Aufstand für Frieden“: 50.000 vor dem Brandenburger Tor in Berlin

Impressum

Die Redaktion der Zeitschrift *Soziale Politik & Demokratie* hat die Verantwortung für die Herausgabe dieser Dokumentation übernommen. Wir danken allen, die mit ihren Beiträgen und Übersetzungen diese Arbeit unterstützt haben.

Kontakt und Bestellungen an

Gotthard Krupp (V.i.S.d.P.), Postfach 120 364, 10593 Berlin | Fax: 030 / 313 16 62

E-Mail: GotthardKrupp@t-online.de

Konto für Bestellungen der Broschüre und Spenden für die Veröffentlichung:

C. Boulboullé, Berliner Volksbank (BLZ 100 900 00), Kontonummer: 5629 455 002, Kennwort: „4. März“

IBAN: DE42 1009 0000 5629 4550 02, BIC: BEVODE33

Hinweis:

Alle Angaben zu Organisationen und Funktionen der Personen, die mit ihren Beiträgen auf und für die Veranstaltung beigetragen haben, dienen lediglich der Information.

Fotos:

Die Fotos der Rednerinnen und Redner wurden von Ingo Müller erstellt. Wir danken ihm dafür, diese Fotos für diese Dokumentation zur Verfügung gestellt zu haben. Ingo Müllers Fotowelt, darunter Aufnahmen von Demonstrationen, Tarifikämpfen und Streiks sind zu finden unter ingosmediawelt.de (E-Mail: ingo.mueller@berlin.de).

Weitere Fotos der Versammlung und von Demonstrationen wurden von Korrespondent*innen erstellt.

Berlin, 4. März 2023

Vorwort

„Waffenstillstand sofort! Nein zum Krieg – Nein zum sozialen Krieg gegen das Volk!“

Genau eine Woche nach der kraftvollen Kundgebung „Aufstand für Frieden“ mit 50.000 Demonstrierenden, zu der Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer aufgerufen hatten, nahmen am 4. März 150 Kolleginnen und Kollegen an der Veranstaltung gegen den Krieg teil.

Die Initiative dafür geht zurück auf ein Treffen am 28. November 2022 zu Fragen des Krieges in der Ukraine im Gewerkschaftshaus ver.di, die auf Einladung des *Arbeitskreises gegen Deregulierung und Privatisierung – für unabhängige Arbeitnehmerpolitik* und der Redaktion „Soziale Politik & Demokratie“ stattgefunden hat.

Zu der Veranstaltung am 4. März haben eingeladen: Gewerkschaftskolleg*innen, Beschäftigte von der Charité und Vivantes, Kolleg*innen um die „Soziale Politik & Demokratie“, Aktive aus dem Bündnis „Heizung, Brot und Frieden“ und aus der Friedenskoordination, sowie von „aufstehen“ und Unterstützer*innen des „Aufrufs für eine populäre Linke“.

In der sehr solidarisch geführten Diskussion – unter gegenseitiger Respektierung ihrer unterschiedlichen Herkunft und Meinungen – ergriffen Kolleg*innen und Friedensfreunde aus Berlin und auch aus anderen Bundesländern das Wort, um zu diskutieren, wie der Widerstand gegen die kriegstreibende und sozialzerstörerische Politik der Regierung und der Kampf für die Forderungen „Nein zum Krieg“ und „Waffenstillstand sofort“ gefördert werden kann.

Die in dieser Dokumentation abgedruckten Beiträge spiegeln die Vielfalt einer demokratischen Diskussion.

Die Stimme des Widerstands kann nicht mehr überhört werden. Sie findet ihr Echo auch in vielen europäischen Widerstandsbewegungen. So erklärte die französische Kollegin Ophélie Sauger in ihrer Rede die Solidarität der LFI (Unbeugsames Frankreich, Bewegung von Mélenchon) und der POI (Unabhängige Arbeiterpartei in Frankreich) mit Sarah Wagenknecht. Aus mehreren europäischen Ländern lagen von Unterstützern des europäischen Aufrufs „Stopp dem Krieg“ Grußadressen vor.

Im Zentrum der Diskussion, an der sich viele Gewerkschafter*innen engagiert beteiligten, stand die Frage, wie der Kampf gegen den Krieg allgemein und der Kampf gegen den sozialen Krieg nach innen miteinander verbunden werden kann – denn es ist ein Kampf. Die hunderte Milliarden, die der Krieg kostet, und die die Profite der Rüstungskonzerne explosiv steigen lassen, sollen der arbeitenden Bevölkerung aufgezwungen werden, mit einer immer schärferen Kaputtsparpolitik gegen Krankenhäuser, Schulen, Kommunen... und mit Reallohnverlust und Verarmung.

Gewerkschaftskolleg*innen legten einen Aufruf zur Unterzeichnung vor: „**Gewerkschafter sagen Nein zum Krieg – Nein zum sozialen Krieg gegen den Sozialstaat**“. Er soll helfen, diese Diskussion in den Gewerkschaften zu forcieren (siehe Seite 32).

In verschiedenen Grußadressen aus europäischen Ländern wurde als Perspektive genannt, sich gemeinsam für eine **Verbindung der Initiativen für den Frieden in ganz Europa** einzusetzen: „für unseren gemeinsamen Kampf gegen den von unseren Regierungen entfachten Krieg und sozialen Krieg“, so eine Stimme aus Frankreich; und aus Portugal: „Eure Veranstaltung kann ein weiteres entscheidendes Glied im Aufbau des internationalen Widerstands sein, um ein Ende des Krieges in der Ukraine zu erzwingen.“

Die Teilnehmer*innen stimmten dem Vorschlag zu, auf die Grußadressen zu antworten und von dieser Versammlung z.B. gegen Ende Juni solche Widerstandskräfte zu einer gemeinsamen Video-Konferenz einzuladen, um unsere Erfahrungen auszutauschen und zu diskutieren, wie wir unsere Verbindung auf europäischer Ebene fördern können - gegen die Kriegspolitik der Regierungen, die unsere Länder in eine politische, wirtschaftliche und soziale Katastrophe treiben.

Carla Boulboullé
Herausgeberin „Soziale Politik & Demokratie“
Mitinitiatorin der Veranstaltung vom 4. März 2023

Sevim Dagdelen (MdB, DIE LINKE) und
das Präsidium der Veranstaltung (v.l.n.r.):

Dr. Alexander King (ehem. MdB, DIE
LINKE), Carla Boulboullé und Michael
Altman (beide „Soziale Politik & Demo-
kratie“)



Einführung

Gotthard Krupp

Mitinitiator der Veranstaltung vom 4. März
Mitglied im ver.di Landesbezirksvorstand BB

Wir treffen uns heute unter den Forderungen: „Nein zum Krieg – Nein zum sozialen Krieg gegen das Volk“.

Der Kampf gegen den Krieg allgemein und der Kampf gegen den sozialen Krieg nach innen sind untrennbar miteinander verbunden, sind ein Kampf.

Dieser Krieg ist kein Krieg der Völker. Es ist weder der Krieg des ukrainischen noch des russischen oder des deutschen Volkes. Vor einem Jahr hat Putins Armee begonnen, große Teile der Ukraine mit Bombenterror zu überziehen. Die USA und ihre Kriegsmaschinerie Nato treiben die militärische Aufrüstung aller Nato-Länder voran. Und Deutschland soll für Europa die Führungsrolle übernehmen mit stärkster Aufrüstung der Armee und Lieferung schwerer Waffen

Diese kriegerische Eskalation stellt eine tödliche Gefahr für die ganze Menschheit dar. Kann es da eine andere Antwort geben als: „Die Nato stoppen!“, „Weder Putin noch Nato!“, „Waffenstillstand sofort – Verhandlungen!“

Viele von Euch waren auf den Kundgebungen der Friedenskoordination gegen den Krieg. Und dann mit 50.000 Demonstranten gemeinsam am 25. Februar auf der Kundgebung „Aufstand für Frieden“, zu der Sahara Wagenknecht und Alice Schwarzer aufgerufen haben. Es war eine machtvolle Demonstration des Willens für den „Stopp des Kriegs“. Die über 700.000 Unterzeichner*innen des „Manifests für Frieden“ drücken die tiefe Unruhe aber auch die Wut aus, die Millionen Menschen mehr und mehr erfüllt: Sie erheben sich gegen die Politik der Regierungen, die unseren Planeten mit einem neuen Weltkrieg bedroht.

Diese Stimme des Widerstands kann nicht mehr überhört werden. Und dass trotz der von der Scholz-Regierung gesteuerten Hetzkampagne, die alle Demonstrationen und Streiks gegen ihre Politik als rechtsmanipuliert verleumdet und als demokratiefeindlich verurteilt.

Dabei findet die Bundesregierung die Unterstützung in fast allen Medien! Die wichtigste Unterstützung hat Scholz in einer Mehrheit der Führung der Linkspartei. Ihr ganzer Hass konzentriert sich auf die neue Friedensbewegung um Sahara Wagenknecht. Denn das ist die konsequenteste Stimme gegen ihre Politik.

Die Regierung Scholz lügt, wenn sie behauptet, ihre kriegstreibende und sozialzerstörerische Politik würden dem Mehrheitswillen des Volkes entsprechen.

Diese Kampagne stößt an Grenzen, die Menschen machen ihre Erfahrungen.

Die Regierung Scholz will das geplante Gebot der US-Regierung und der Nato umsetzen:

- Aufstockung der Aufrüstung um einen zweistelligen Milliardenbetrag jährlich.
- Kriegsminister Pistorius fordert statt 100 Milliarden Euro für die Kriegsausrüstung nun 300 Milliarden. Deutschlands größter Rüstungskonzern Rheinmetall verlangt 400 Milliarden. Kein Zweifel: die produktive Industriewirtschaft unseres Landes droht in eine rein zerstörerische Kriegswirtschaft umgewandelt zu werden.
- Zugleich will die Bundesregierung für den Handelskrieg, den die USA gegen Deutschland entfacht hat, weitere 350 Milliarden Euro an Subventionen für die Konzerne.

Und das alles muss finanziert werden. Also erklärt die Regierung Scholz den sozialen Krieg gegen unsere sozialstaatlichen Errungenschaften.

Die Arbeitnehmer*innen sollen zahlen.



Sie sollen zahlen

- mit Reallohnverlust,
- mit noch schärferer Kaputtsparpolitik gegen Krankenhäuser, Bildung, Kommunen...
- Die „Anti-Reform“ des SPD-Gesundheitsministers Lauterbach bedeutet das Aus für über 1.000 Krankenhäuser;
- die Kultusminister verordnen den Schulen einen Kahl-schlag;
- die Rente soll an das Spekulationskapital ausgeliefert werden...

Die Aufzählung der sozialen Grausamkeiten kann beliebig fortgesetzt werden.

ver.di schreibt: „*Inflationstreiber sind der Krieg, die Sanktionen und die Preistreiberei marktmächtiger Unternehmen.*“

Immer mehr Gewerkschaftskolleg*innen erheben ihre Stimme für ein Nein zur Aufrüstung in Verbindung mit dem Nein zu dem sozialen Krieg gegen die sozialstaatlichen Errungenschaften.

Zurzeit erleben wir eine Welle von Streiks gegen die Preisexplosion. Dazu gehört die bisher einmalige Stilllegung sämtlicher Flughäfen und des ÖPNV im ganzen Bundesgebiet:

Mit Forderungen nach 10, 12 oder 15 %, mindestens 500 Euro, wollen die Beschäftigten ihren Reallohn verteidigen. Krankenhausbeschäftigte und Ärzte; Lehrer, Eltern, Schüler, immer größere Schichten der Bevölkerung stehen im Widerstand, gegen den von der Regierung entfesselten sozialen Krieg gegen den Sozialstaat.

Sahra Wagenknecht hat Recht, wenn sie auf der Kundgebung am 25. Februar sagt:

„Wir sind hier, weil wir uns von dieser Regierung nicht vertreten fühlen.“

Nein, diese Regierung vertritt nicht die Interessen der arbeitenden Bevölkerung, der Jugend und Rentner! Nein, sie vertritt die Interessen der Rüstungs-, Energiekonzerne und Autoindustrie, die Milliarden-Profitte kassieren.

In ganz Europa erheben sich die Völker.

England erlebt eine historische Explosion der Streiks im Öffentlichen Dienst und Gesundheitswesen; Millionen streiken und demonstrieren in Frankreich gegen die Rentenreform Macrons, eine Million ist in Madrid auf der Straße, um das öffentliche Gesundheitswesen zu verteidigen.

50.000 Gewerkschafter*innen haben in Kopenhagen gegen die Abschaffung eines Feiertags zur Finanzierung der Kriegskosten demonstriert.

Nein, die Völker Europas stehen nicht für die Kriegspolitik der Regierungen zur Verfügung.

In diesem Sinne möchte ich an den Vorschlag erinnern:

Sollten wir, die Teilnehmer*innen der heutigen Veranstaltung, nicht die Initiative ergreifen und Ende Juni zu einer europäischen Video-Konferenz einladen, um so unsere Verbindung zu fördern

für den „Stopp des Krieges!“

für „Waffenstillstand sofort - Verhandlungen!“

„Manifest für Frieden“ – eine Stimme für die Mehrheit der Bevölkerung

Sevim Dagdelen
MdB, DIE LINKE

Die Friedenskundgebung am vergangenen Samstag am Brandenburger Tor war ein großer Erfolg und die Resonanz überwältigend. Und das nach sehr kurzer Vorbereitungszeit und kleinem Stab. Mit dem von Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer initiierten „Manifest für Frieden“, das mittlerweile weit über 700.000 Menschen unterzeichnet haben, und dem „Aufstand für Frieden“ ist es gelungen, der „stillen Mehrheit“ in der Bevölkerung eine Stimme und mediale Präsenz zu geben, die gegen die Lieferung immer weiterer und immer schwererer Waffen ist und die für mehr Diplomatie, für einen Waffenstillstand und einen Kompromissfrieden ist.

Ich kann nur allen hier von Herzen danken, auch im Namen von Sahra, die sich an der Vorbereitung, Umsetzung und Unterstützung durch ihre Teilnahme beteiligt haben.

Und wie ich aus vielen Berichten von vor Ort weiß, wirkt sich das bis in viele Städte und Gemeinden aus, wo Friedensaktivisten mit einem Mal von der Lokalpresse für Interviews angefragt werden und die Berichte über deren Proteste differenzierter werden. Das hält natürlich eine Süddeutsche Zeitung nicht davon ab, uns als „Friedensmeute“ zu diffamieren, also jene Zeitung, in der kurz zuvor noch der Philosoph Habermas vor dem „bellizistischen Tenor einer geballten öffentlichen Meinung“ gewarnt und Verhandlungen eingefordert hatte.

Der Leitartikel auf der Titelseite der aktuellen Wochenzeitung DIE ZEIT lässt sich fast schon als Ordnungsruf an die kriegswilligen Journalistenkollegen zu lesen: „Die Demo von Wagenknecht und Schwarzer verdient Kritik. Doch mit Arroganz lassen sich ihre Anhänger nicht widerlegen“, heißt es da. Die Sorge ist offensichtlich, dass die Kritik an der Bundesregierung wächst und lauter wird.

Leider gibt es gleichzeitig eine große Leerstelle in der Parteienlandschaft. DIE LINKE als glaubwürdige Friedenspartei fällt aus, wenn ihre Spitze nicht klar ist in der Frage von Waffenlieferungen und Wirtschaftskrieg. Und wenn sie Hunderttausende vor den Kopf stößt und als rechts diffamiert, darunter große Teile ihrer eigenen Basis. Das Versagen der LINKE-Führung ist unentschuldig und geradezu selbstzerstörerisch. So handelt die Spitze einer Sekte, nicht die einer verantwortungsvollen linken Partei. Wer am Brandenburger Tor dabei war, hat mit eigenen Augen gesehen: LINKE-Mitglieder haben die Demobilisierungsaufforderungen der Parteiführung in den Wind geschlagen und mit den Füßen abgestimmt und sind massenhaft gekommen.

Doch wir müssen mehr und wir müssen lauter werden, das hat auch diese Woche wieder nachdrücklich gezeigt.

Im Bundestag waren richtige Hassreden gegen die Friedensbewegung zu hören. Abgeordnete von SPD, Grünen, FDP und Union, also der ganz großen Koalition, haben mit Beschimpfungen und Beleidigungen die Debatte um den Ukraine-Krieg weiter vergiftet. Kanzler Scholz hat in seiner Regierungserklärung den Kurs auf Hochrüstung und weitere Waffenlieferungen, also Kriegsverlängerung in der Ukraine bekräftigt und behauptet: „Man schafft auch keinen Frieden, wenn man hier in Berlin ‚Nie wieder Krieg‘ ruft – und zugleich fordert, alle Waffenlieferungen an die Ukraine einzu-



stellen.“

Der Krieg nach außen geht einher mit einem sozialen Krieg nach Innen. Wir erleben es gerade bei den Reaktionen auf die Lohnforderungen der Beschäftigten, die mit Verweis auf die Kosten von Krieg und Aufrüstung als maßlos und nicht umsetzbar abgetan werden und dabei gerade mal einen Inflationsausgleich darstellen.

In Dänemark schafft die sozialdemokratische Regierung gegen massive Proteste von Gewerkschaften und Kirchen einen Feiertag ab, um den Wehretat zu erhöhen. Die Wirtschaftswoche begeistert sich, dass laut ihrer Umfrage in Deutschland 26 Prozent der Befragten bereit wären, einen Feiertag zu opfern. Das zeige doch, ein beachtlicher Teil von Bürgerinnen und Bürgern wäre theoretisch zu mehr Arbeit für mehr Aufrüstung bereit. Mit 37 Prozent liegen übrigens Grünen-Wähler vor. Vor allem aber sind 66 Prozent nicht bereit zu unbezahlter Mehrarbeit zur Erhöhung des Wehretats (1).

In seiner Regierungserklärung am Donnerstag hat Bundeskanzler Scholz erklärt: „Wir haben den Winter gut überstanden – auch ohne Gas aus Russland. Und wir investieren in die Sicherheit unseres Landes – in unsere Bundeswehr, in unsere Energieinfrastruktur, in die Zukunft unserer Wirtschaft und Energieversorgung.“

Es werde keine Deindustrialisierung in Deutschland geben, und auch keine Abwanderung von Zukunftstechnologien, hatte Scholz davor schon behauptet.

Die Ampel arbeitet hier, frei nach Donald Trump, mit „alternativen Fakten“. Die Realität in Deutschland sieht so aus:

- Audi vermeldet, E-Autos künftig in den USA fertigen zu lassen.
- Das Pharmaunternehmen BionTech, das mit überbewerteten Corona-Impfstoffen Milliarden-Gewinne macht, kündigt an, seine Forschung nach Großbritannien zu verlagern.
- Der Chemieriese BASF streicht 2600 Stellen aus Kostengründen, davon zwei Drittel in Deutschland.
- Linde hat sich aus dem Dax verabschiedet und wechselt in die USA.

- Die Zeitung Merkur warnt: „Der Exodus von Ikonen der deutschen Wirtschaft ist nur die Spitze des Eisbergs. Kleinere, weniger bekannte Unternehmen gehen leise – oder machen gleich ganz zu.“ (2)
- Und in der Wirtschaftswoche stellt der Präsident des Chemieverbands, Markus Steilemann, fest: „Deindustrialisierung ist kein Schreckgespenst mehr, sondern findet statt.“ (3)

Das ist die bittere Realität ein Jahr nach dem Wirtschaftskrieg gegen Russland auf Drängen der USA. Mit den Sanktionen wird die eigene Wirtschaft getroffen. Und natürlich die Bevölkerung, die im vergangenen Jahr Reallohnverluste von 5% verbuchen musste. Deutschland droht ein beispielloser wirtschaftlicher Niedergang.

Krieg als Mittel der Politik, ob mit militärischen Mitteln oder mit wirtschaftlichen Mitteln, ist verheerend. Der Wirtschaftskrieg muss beendet werden, auch da er am Ende zum sozialen Krieg gegen die eigene Bevölkerung mutiert, die nicht mehr weiß, wie sie die gestiegenen Lebensmittel- und Energiepreise noch stemmen kann.

Denn entgegen der „alternativen Fakten“ der Ampel bleibt die Inflation ja weiter hoch, wie auch trotz Preisbremse die Kosten für Gas und Strom.

Liebe Freundinnen und Freunde, um eine erstarkende Friedensbewegung und soziale Proteste zuzulassen, müssen die Gesinnungsprüfungen und Distanzierungen in alle Richtungen aufhören. Das ist eine Methode der Herrschenden, uns kleinzuhalten. Der Erfolg beim „Aufstand für Frieden“ war maßgeblich davon geprägt, dass wir uns

dem verweigert haben, bei aller Klarheit, dass Reichsbürger und Neonazis natürlich nicht willkommen sind.

Die Zahl anwesender Rechter war umgekehrt proportional zur medialen Aufmerksamkeit, die ihnen geschenkt wurde, um die Kundgebung und insbesondere Sahra zu diskreditieren.

Und wir haben natürlich nicht zugelassen, dass etwa Jürgen Elsässer und seine Postille die Friedenskundgebung in eigener Sache zu instrumentalisieren. Er und seine rechtsextremen Provokateure waren nicht willkommen, das habe ich ihnen auch persönlich erklärt und das haben unsere Ordner von Anfang an sehr deutlich gemacht. Durch ihr engagiertes Einschreiten und die Unterstützung seitens anderer Kundgebungsteilnehmer wurden Elsässer und Co. auf Distanz gehalten, während die Berliner Polizei des »rot-grün-roten« Senats sie gewähren lassen wollte. Alles andere sind kontrafaktische Verleumdungen. Wir sollten hier Selbstbewusstsein zeigen und nicht in falsche Distanzeritis verfallen, die jetzt ausgerechnet die Querfront der Kriegsparteien lautstark einfordert. Seid selbstbewusst und unerschrocken für die Herausforderungen, die kommen!

Ich danke euch.

(1) <https://www.wiwo.de/politik/deutschland/vorbild-daenemark-feiertag-abschaffen-fuer-staerkere-bundeswehr-26-prozent-der-deutschen-sind-dafuer-/29014174.html>

(2) <https://www.merkur.de/wirtschaft/linde-biontech-basf-audi-exodus-deutschen-wirtschafts-ikonen-92113033.html>

(3) <https://www.wiwo.de/politik/deutschland/basf-kuerzt-bip-schrumpft-zeitenwende-wo-bleibt-der-doppelwumms-fuer-die-beschleunigung-/29002594.html>

„Der Vorschlag für ein europäisches Treffen ist sehr positiv“ Ophélie Sauger

Mitglied der Unabhängigen Arbeiterpartei (POI), stellvertretende Abgeordnete von LFI („Unbeugsames Frankreich“, Bewegung von Mélenchon)

Ich danke den Organisatoren für ihre Einladung zu dieser Konferenz.

Ich heiße Ophélie Sauger, ich bin Lehrerin, Gewerkschafterin, Mitglied der POI und stellvertretende Abgeordnete der Bewegung La France Insoumise (LFI) für die Region Paris.

Ich bin hier, weil alles getan werden muss, damit die Barbarei des Krieges aufhört! Mit den Abgeordneten der LFI, mit Jean-Luc Mélenchon, kämpfen wir auf einer Linie des Bruchs gegen die Regierung Macron und ihre Politik. Das führt zwangsläufig zu Reaktionen gegen die LFI und Mélenchon in den französischen Medien.

Macron betreibt eine doppelte Kriegspolitik:



Eine Politik des sozialen Krieges mit der Rentenreform, die uns zu 2 Jahren längerer Arbeit zwingen soll, durch die Zerstörung der öffentlichen Dienste (Bildungs- und Gesundheitswesen) und durch die Inflation. Wir können nicht mehr! Man muss sie stoppen!

90% der Bevölkerung lehnen die Rentenreform ab. Gemeinsam mit allen ihren Gewerkschaften haben die Arbeitnehmer*innen sich zur Wehr gesetzt: an den Demonstrationen im letzten Monat haben teilweise bis zu 2,8 Millionen Menschen teilgenommen, so viel wie noch nie!

In der Nationalversammlung haben die LFI-Abgeordneten eine Schlacht geliefert, um sämtliche Lügen der Regierung über die Reform zu entlarven. Die Reform konnte nicht in der Nationalversammlung beschlossen werden. Macron und seine Regierung werden deshalb alle antidemokratischen Artikel nutzen, um sie durchzupeitschen.

Wie ist der Stand heute? Alle Gewerkschaften ohne Ausnahme, was es auch noch nie gegeben hat, rufen dazu auf, „das Land lahmzulegen“ mit dem Streik am Dienstag, 7. März. Überall in den Gewerkschaften und am Arbeitsplatz wird diskutiert, dass es ein totaler Streik sein muss, solange bis Macron seine Reform zurückzieht. Im Verkehrswesen und in den Energie- und Raffineriebranchen wird zum unbefristeten Streik aufgerufen.

Gewiss ist, wenn Macron bei der Rentenreform gestoppt werden kann, kann man ihn bei allen anderen Fragen zum Zurückweichen zwingen, man könnte seine Kriegspolitik stoppen.

Macron plant, den Armeehaushalt auf 413 Milliarden Euro zu erhöhen. Er setzt, koste es was es wolle, seine Kriegspoli-

tik und die Waffenlieferungen fort, doch das Volk lehnt diesen Krieg ab. Es will Milliarden für die Jugend, für das Bildungs- und Gesundheitswesen, und nicht für den Krieg!

Wir haben einen internationalen Aufruf „Stopp dem Krieg“ verbreitet, der von mehreren hundert aktiven Kolleg*innen in Frankreich, besonders von LFI-Abgeordneten, und weltweit unterschrieben wurde. Das hat uns neue Kontakte in Frankreich und Europa ermöglicht, für eine Bewegung, die sagt: „Waffenstillstand sofort“.

In ganz Europa existieren schon Bewegungen gegen den Krieg und gegen die kriegstreibenden Regierungen:

- In Italien haben über 10.000 Menschen am 25. Februar in Genua mit den Hafendarbeitern demonstriert, die Waffenlieferungen blockieren.
- Wir begrüßen eure großartige Demonstration am 25. Februar in Berlin. Darin zeigt sich ein sehr großer Widerstand, und wir grüßen solidarisch Sahra Wagenknecht und die Aktivist*innen. Die Solidarität ist mehr denn je gebo-



Freundinnen und Freunde, wie schön, dass wir hier heute zusammengekommen sind, auch wenn der Anlass so schrecklich ist. Ich will es sehr kurz machen. Die anderen werden anderes sagen und wahrscheinlich wird am Ende alles gesagt sein, nur nicht von jedem.

Deshalb zwei, drei Punkte, auf die ich aufmerksam machen möchte.

Die Veranstaltung vom letzten Samstag war ein voller Erfolg und ich teile die Ansicht, dass hier etwas neues entstehen kann. Damit es aber auch wirklich neu ist, müssen wir unseren Blick in die Zukunft wenden, was auch bedeutet, dass wir die Zukunft in Form der Jugend, der Frauen und der Migrantinnen und Migranten einladen. Ihre Perspektiven fehlen bislang in unserer Bewegung und es ist essentiell, dass wir diese mit einbeziehen, gerade auch dann, wenn wir internationalistisch arbeiten wollen, gerade auch dann, wenn wir eine Zukunft haben wollen.

Denn es ist doch so, dass wir als Sozialistinnen und Sozialisten, als Kommunist:innen, als Anarchistinnen und Anarchisten, welchem Spektrum wir uns auch immer zurechnen, kurz gesagt dass wir uns als Revolutionäre, zwei geschichtlichen Herausforderungen gegenübersehen.

Da ist zum einen die Tatsache, dass das amerikanische Imperium wankt und seine Vormachtstellung in dieser Welt behaupten will und da ist zweitens die digitale Revolution, die unsere Arbeitswelt, ja unsere gesamte Lebenswelt umkrempeln wird und die solange die Logarithmen nicht vergesellschaftet sind und einem Jeff Bezos oder einem Elon Musk gehören, dass diese Logarithmen sich immer gegen uns – gegen die Arbeiter:innenklasse wenden werden.

Diese zwei historischen Entwicklungen haben miteinander zu tun, was sich ja auch schon in den Scharmützeln zwischen

ten gegen die üble Kampagne, deren Opfer Sahra Wagenknecht ist.

In Frankreich gab es den Versuch der Bildung einer nationalen Union mit den Rechten, den Linken und Linksradikalen, die aufgefördert wurden, sich hinter Macron für die Kriegsbeihilfe einzureihen, doch das klappte nicht. Nur wenige Menschen erschienen zur Kundgebung. Wir selbst haben eine Teilnahme abgelehnt, Mélenchon hat sich geweigert, hinzugehen.

Ich habe hier den Vorschlag für ein europäisches Treffen gehört: das ist sehr positiv. Denn wir müssen diesen Meinungsaustausch fortsetzen und unsere Reihen gegen die Kräfte der Profit- und Kriegsgewinnler stärken.

**Nieder mit dem Krieg, Waffenstillstand sofort!
Nein zu den Kriegskrediten, Nein zu Waffenlieferungen!
Weder Putin noch die NATO!
Hoch die internationale Solidarität!**

**„Wir als Arbeiterklasse
haben in diesem Krieg
nichts zu gewinnen,
sondern alles zu verlieren“**

**Marcus Staiger
Bündnis Heizung, Brot und Frieden
Berlin**

China und den USA andeutet, die um diese digitale Vorherrschaft kämpfen werden, genau wie jetzt gerade ein Krieg um die geostrategische Vorherrschaft geführt wird. Auf dem Gebiet der Ukraine.

Zeitgleich laufen die Angriffe gegen die Arbeiter:innenklasse ununterbrochen fort. Überwachung, Tracking, Arbeitszeitverdichtung. Neue Lieferwege. Der Abbau einer Industriegesellschaft hin zu einer vereinzelt Dienstleistungsgesellschaft. Plattformkapitalismus. Das alles läuft ja schon die ganze Zeit – mit Krieg und Krise läuft das aber noch sehr viel besser und zugunsten der Großkapitalisten, der Konzerne und Vermögensverwalterinnen.

Denn was der Krieg und die Krise den Herrschenden in die Hand gibt – ist das ultimative Druckmittel, dass man sich im Angesicht der nationalen und internationalen Notlagen doch bitte schön am Riemen reißen soll und den Gürtel enger zu schnallen hat.

Die 300 Milliarden Rüstungsausgaben wollen bezahlt werden. Die 400 Milliarden Doppelwumms muss irgend jemand erwirtschaften und dass es die Rüstungs- oder die Tech-Konzerne sein werden ist bei den derzeitigen Machtverhältnissen eher unwahrscheinlich.

Aus diesem Grund ist es so unheimlich wichtig, dass wir endlich diesen Krieg, diesen Wirtschaftskrieg den der Westen und Russland führen, dass wir diese Kriege und den sozialen Krieg gegen die Bevölkerung in einen Zusammenhang bringen. Die Regierung macht das ganz unverschämt, indem sie der Bevölkerung mitteilt, dass man für diesen Krieg eben zu frieren hat, für Freiheit, Demokratie und Wertegemeinschaft – weshalb die sozialen Bewegungen diesen Brückenschlag (bis auf wenige Ausnahmen) nicht hinbekommen, bleibt unterdes ein Rätsel.

Auf der anderen Seite ist es aber auch genauso wichtig, dass wir nicht bei Friedensappellen an den Bundeskanzler stehen bleiben und einfach nur Bittsteller der Bundesregierung sind, die sich doch bitteschön diplomatisch einigen soll, um dann wirtschaftlich mit den Aggressionen fortzufahren.

Nein. Wir müssen der Bevölkerung klipp und klar sagen, dass wir, als Arbeiterinnen und Arbeiter, als abhängige Lohnempfänger, als Kleingewerbetreibende, Geflüchtete, Arme, Studentinnen und Studenten, Rentnerinnen und Rentner, dass wir als Arbeiterklasse in diesem Krieg nichts zu gewinnen haben, sondern alles zu verlieren – im Zweifel sogar unser Leben, wie es unseren ukrainischen und russischen Geschwistern zur Zeit ergeht, die für geopolitische, wirtschaftliche und machtpolitische Interessen auf den Schlachtfeldern der Ukraine verheizt werden.

Aus diesem Grund ist es wichtig, die Widerständigkeit der Bevölkerung, die trotz aller Propaganda noch vorhanden ist, dass wir diese Widerständigkeit gegen Politik der Bundesregierung stärken und mit den sozialen Fragen zu verknüpfen.

Der Arbeiter, der den Job, den er auf der myhammer.de Seite vermittelt bekommen hat, nicht annehmen kann aufgrund der hohen Spritpreise, weil es sich für ihn nicht lohnt, jeden Morgen 40 Kilometer zur Arbeit zu fahren und abends 40 Kilometer zurück, der weiß, wovon wir reden. Dem braucht man diese Zusammenhänge wahrscheinlich gar nicht wirklich zu erklären, dem hilft aber auch ein Versprechen nicht weiter, dass alles wieder so wird wie in der sozialdemokratischen

„Stahl für Brücken statt für Waffen“

Axel Droppelmann

IG BAU Gewerkschafter, Köln

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,
erst einmal darf ich euch die Grüße unseres Bezirksverbands der IG BAU Köln-Bonn überbringen!

Mein Name ist Axel Droppelmann, ich bin seit 44 Jahren auf dem Bau und ebenso lange Mitglied in der IG BAU. Weiterhin bin ich in vielen Funktionen ehrenamtlich tätig.

Ich bin von Henning gefragt worden, ob ich hier ein paar Worte zum Thema Frieden und Gewerkschaft sagen möchte. Dieses Thema, liegt mir schon, seitdem ich Jugendvertreter bei der „Jungen BAU“ in Bonn war am Herzen und habe sofort zugesagt.

Frieden!

Frieden, ist ein starkes Wort, es beinhaltet so viel, das mit Arbeitnehmerrechten zu tun hat, so dass Frieden und Gewerkschaften eigentlich untrennbar sind.

Beispiele für gewerkschaftliche Forderungen:

- Einen satten Bauch
- Einen trockenen warmen Platz
- Körperliche Unversehrtheit

Dies sind die einfachsten Dinge, die zum Leben gehören.

Die Gier der Kapitalisten haben Arbeiter und Arbeiterinnen dazu gebracht, im Jahr 1869 die Bauarbeiter Gewerkschaft zu gründen, um die einfachen Grundbedürfnisse zu formulieren und zu fordern.

Der satte Bauch: Gewerkschaften erstreiten Löhne und Rahmenbedingungen zum unbeschwerten Leben und Arbeiten

Einen trockenen Platz: Baugewerkschafter bauen Häuser, Wege und Brücken, gründeten Genossenschaften zum Wohnen, ein Beispiel, was bei einigen von euch wohl noch im Gedächtnis ist, ist die „neue Heimat“ die für viele Arbeitneh-

Bundesrepublik der 70er Jahre. Der braucht halt eben auch ein zukunftsfähiges Verkehrskonzept und oder eine alternative zum durchdigitalisierten Plattformkapitalismus. Mit diesen Leuten müssen wir nach einer anderen Zukunft suchen, gegen die Kriegstreiberei und für die internationale Solidarität.

Mit diesen Leuten müssen wir nach Wegen suchen, gegen die kapitalistische Ausbeutung von Mensch und Natur und für eine kooperative Produktionsweise. Gegen den nationalstaatlichen Chauvinismus und für ein gemeinsames friedliches Zusammenleben der Bevölkerungen in den verschiedenen Regionen dieser einen Welt. Gegen die Entdemokratisierung unseres Lebens und für eine wahrhaftige Mitbestimmung, auch in wirtschaftlichen Fragen. Gegen die Profite der Energiekonzerne, Rüstungskonzerne, Vermögensverwalter und Banken und für eine Vergesellschaftung aller wichtigen und gemeingewirtschaftlichen Güter.

Gegen eine Verteuerung unseres Lebens und für die Ausschüttung des gesellschaftlichen Reichtums an uns alle, weil wir diesen Reichtum eben alle gemeinsam erwirtschaftet haben.

Mit anderen Worten: Wir brauchen Heizung, Brot, Frieden und eine wahrhaft demokratische Mitbestimmung für Alle, überall auf der Welt.

Das sind unsere Interessen. Das ist unser Kampf und in diesem Kampf haben wir nichts zu verlieren, aber alles zu gewinnen – im Zweifel sogar eine Welt.



mer einen trockenen bezahlbaren warmen Platz boten, aber durch gieriges kapitalistisches Handeln in den Ruin geführt wurde.

Körperliche Unversehrtheit: Bau-Berufsgenossenschaften waren vor der faschistischen Zeit reine Arbeitnehmer-Genossenschaften, die für die körperliche Unversehrtheit eintraten.

SGB VII Gesundheit mit allen geeigneten Mitteln.

Der Internationalen Arbeitergedenktag am 28. April, die IG BAU macht in den letzten 12 Jahren mit öffentlichen Aktionen darauf aufmerksam, dass jährlich 100.000 Menschen auf der Welt bei der Arbeit durch Gier der Arbeitgeber ums Leben kommen.

Das berühmte Bild vom Arbeiter, der nach der faschistischen Terrorherrschaft des Hakenkreuz am Hamburger Gewerkschaftshaus abgemeißelt hat, war Paul Bebert, ein organisierter Bauarbeiter.

Die 50er Jahre waren geprägt von Aufbau, junge Gewerkschafter taten sich zusammen und riefen zu den ersten Ostermärschen, Hintergrund war die Bewaffnung der jungen Bundesrepublik.

In den 60er ging es weiter, die Nukleare Bedrohung, Baugewerkschafter gingen im Ruhrgebiet mit Transparenten „keine Atomwaffen wichtiger ist der Mensch“ auf die Straße...

Ich könnte jetzt Jahr für Jahr weitere Beispiele bringen, doch möchte ich mich nun der jüngeren Vergangenheit widmen. Nach dem Kriegsbeginn am 24. Februar und der folgenden Zeitenwende, haben wir uns in unserem IG BAU Bezirksverband Köln-Bonn hingesetzt und überlegt... Raus kam:

Wir wollen in Frieden Arbeiten. - Wie kriegen wir dies auf die Straße...?

Am 1. Mai sind wir mit einem Transparent auf die Straße gegangen:

„Stahl für Brücken statt für Waffen“

Sechs Worte, denen man nichts hinzufügen muss, es sei denn man hat es mit regierungsfreundlichen, SPD verseuchten Gewerkschaftsvorständen zu tun, die Scholz-hörig versuchen uns gegeneinander auszubooten.

Bei unserem Gewerkschaftskongress im September letzten Jahres haben wir jede Menge Anträge behandelt einer davon lautet:

Streiten für den Frieden

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen: dass die IG BAU, wo immer es möglich ist, auf allen Ebenen Bezirksverband, Region und Bund ihren Einfluss geltend

*macht, dass Diplomatie das wichtigste Mittel bei der Bewältigung von Konflikten ist. Bei allen Politiker*innen, auch vor Ort müssen wir die Friedensfrage immer ansprechen und deutlich machen, wir wollen keine militärische Auseinandersetzung zur Erreichung politischer Ziele!*

Dieses Ziel haben wir sofort umgesetzt. Am darauffolgenden Wochenende beim Aktionstag der Friedensinitiative habe ich eine Rede gehalten, mit zahlreichen Mitgliedern unserer Gewerkschaft sind wir mit Fahnen und Transparent mitgelaufen und haben für den Frieden ohne Waffen demonstriert.

Mit der Forderung: Genug ist Genug — die Preise müssen runter!

Bei der damit verbundenen Aktion, bei der mein Kollege Thilo Niclas das Mikrofon in die Hand genommen hat, waren wir ebenso beteiligt.....

Ihr seht, wir bewegen was und dürfen dabei nicht nachlassen, „denn wer aufhört gegen den Strom zu rudern, treibt ab“.

Mit diesen Worten möchte ich es für heute erst einmal belassen, ich möchte mich hier nochmal bedanken, dass ihr mir eure Aufmerksamkeit gegeben habt und hoffe, dass wir mit unserem Ziel, „Stopp mit Waffenlieferung in Kriegsgebiete“ Erfolg erzielen.



Liebe Kolleginnen und Kollegen, könnt Ihr euch sich noch an die Jahre 1989/90 erinnern? Wenn ja, dann wart Ihr mit mir als Ostdeutscher Zeuge einer anderen Zeitenwende.

Das durch den kalten Krieg geteilte Deutschland war wieder vereint. Die Welt feierte mit uns und die Kriegsgefahr war scheinbar überwunden. Politisch, wirtschaftlich wurde sogar über ein Europa zusammen mit Russland gesprochen. Die wirtschaftliche Kraft Europas gepaart mit den enormen Bodenschätzen Russlands blieb aber nur ein kurzer Traum.

Ein wirtschaftlich starkes Europa ist natürlich unter kapitalistischen Gesichtspunkten ein extrem ernstzunehmender Gegner für andere Globalplayer, die das auch schnell erkannten. Und so dauerte es nicht lange, bis die alte Russenphobie wiederauflebte. Gleichzeitig wuchs in Russland der Nationalismus im gleichen Tempo wie auch im Rest Europas und die, die die Auswirkungen von Leid und Elend der vergangenen nationalistischen Verbrechen am eigenen Leib erfuhren, verstummten zunehmend aus Altersgründen. Der wieder aufkeimende Nationalismus in Europa hat nun für alle sichtbar zu dessen erneuter Spaltung, Trennung und Hass geführt. Für mich ist es unerträglich, mit welcher Kriegshysterie auf beiden Seiten inzwischen wieder Menschen aufeinander losgehen. Die einen bilden sich ein, sie hätten territorialen Anspruch auf andere Länder und das gäbe ihnen das Recht, mit Waffengewalt diesen schwachsinnigen Anspruch durchzusetzen. Andere sind an der Zerschlagung des europäischen

Marktes und ebenfalls an der Ausweitung ihrer wirtschaftlichen Interessensgebiete interessiert und unternehmen in der Hilfe der NATO alles, um Europa zu schwächen, geben sich dabei aber als vermeintliche Freunde aus. Und zu guter Letzt die eigenen europäischen Dummköpfe, die wie die deutsche Außenministerin scheinbar gar nicht die Tragweite ihrer eigenen Aussagen erfassen können.

Drei Zitate der Dame:

„Wir befinden uns im Krieg mit Russland“
 „Unsere Sanktionen werden Russland ruinieren“ und
 „Deutsche Panzer retten Menschenleben“

Ich bin zwar nicht schuld, aber mir über das Ausmaß des Leids, welches gerade wir Deutschen in der Vergangenheit über Europa gebracht haben, und der Verantwortung darüber bewusst.

Derartige Sätze lassen mich erschauern, denn sie ähneln den Sätzen einer furchtbaren Epoche meiner Nation und ich schäme mich für eine derartige Verantwortungslosigkeit.

Die mediale Kriegshysterie in meinem Land, das für mich auf Grund seiner Vergangenheit eher einen entmilitarisierten und neutralen Status besitzen müsste, ist für mich unfassbar. Inzwischen werde ich als Vertreter einer bedingungslosen europäischen Friedenspolitik in die nationalistische, rechte ja sogar faschistische Ecke gestellt.

Liebe französische Freunde der Gelb-Westen Bewegung, damit teile ich nun mit Euch zusammen die Erfahrung, dass unseren Gegnern keine Behauptung zu dumm ist, um uns zu

Diese Regierung vertritt uns nicht. Sie folgt nicht ihrer Kern-Aufgabe: „Schaden für die Bevölkerung abzuwenden“

Mario Kunze
 ver.di Gewerkschafter, Betriebsrat, Berlin

diffamieren.

Es gibt für mich viele Gründe, warum dieser Krieg in Europa sofort beendet werden muss. Einige sind nach gesundem Menschenverstand eigentlich so logisch, dass es verwunderlich ist, dass wir darüber diskutieren müssen.

Als Mensch mit linker Weltanschauung stehe ich gegen Militarismus, Nationalismus und Imperialismus jeglicher Couleur. Wenn also, wie in jedem Krieg, Menschen aufeinandergehetzt werden, - Männer, Frauen und Kinder und somit unschuldige Zivilisten sterben, ist es Wahnsinn, diesen Krieg zu forcieren. In der Ukraine sterben ukrainische und russische Zivilisten!

Als aktiver Gewerkschafter kämpfe ich für den Erhalt und die Verbesserung unserer Arbeits- und Lebensbedingungen.

Derzeit befinden wir uns im Tarifkampf des öffentlichen Dienstes. Das sind Beschäftigte, die das öffentliche Leben unseres Landes aufrechterhalten. Müllentsorgung, Krankenhäuser, Kindergärten, Wasserversorgung und so weiter. Durch die marktwirtschaftliche Ausrichtung fast aller Bereiche, sehen wir uns seit Jahrzehnten massiven Angriffen des Kapitals ausgesetzt, das unsere Finanzierung, zum Beispiel aus Steuergeldern, lieber als Rendite an ihre Aktionäre auszahlen will.

Für uns muss Beifall klatschen und Schulter klopfen reichen, denn jetzt – unter quasi Kriegsbedingungen – stehen wir in direkter Finanzierungskonkurrenz mit der Waffenlobby.

In Deutschland wurde ein 100 Milliarden schwerer Kredit beim Finanzkapital für den Verteidigungshaushalt aufgenommen, den wir Steuerzahler natürlich mit Zinsen zurückzahlen müssen. Unser neuer Verteidigungsminister verlangt zusätz-

lich weitere 10 Milliarden pro Jahr für sein Ressort. Da der Haushalt eines Landes nicht unbegrenzt ist, muss dafür woanders eingespart werden. Auch hier wird unsere Bevölkerung am Ende die Rechnung zahlen.

Europa schnürt inzwischen das nunmehr zehnte Sanktionspaket gegen Russland. Ich habe keine Ahnung, ob die bisherigen Sanktionen in Russland überhaupt zu spüren sind. Was ich aber weiß, dass wir diese Sanktionen in Deutschland spüren. Zusätzlich zur Inflation, auf Grund eines globalen Wirtschaftskrieges, kommen jetzt kriegsbedingte Preissteigerungen, wachsender Kostendruck in allen Bereichen für unsere Bevölkerung, die Spaltung unserer Gesellschaft und zusätzliche Angriffe auf unsere gewerkschaftlichen Errungenschaften dazu.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Krieg muss sofort beendet werden. Aus humanitärer, umweltpolitischer und wirtschaftlicher Sicht hat er in meinen Augen sofort aufzuhören. Wenn unsere gewählten Volksvertreter aus welchen Gründen auch immer, nicht gewillt sind – teile ich die Auffassung von Sarah Wagenknecht vom letzten Samstag.

Diese Regierung vertritt mich nicht. Sie folgt nicht ihrer eigentlichen Kern-Aufgabe einer demokratisch gewählten Regierung: Schaden für die jeweilige Bevölkerung abzuwenden.

Insgesamt sind im Ukraine-Krieg bisher 492 Kinder getötet und 968 verwundet worden (Quelle: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1297855/umfrage/anzahl-der-zivilen-opfer-durch-ukraine-krieg/>).

Was für Argumente brauchen wir noch?

Zum Kiezraum. Historisches zum Ort der Veranstaltung am 4. März

Der Kiezraum liegt im „Dragonerareal“, das ab 1850 als Kaserne errichtet wurde. Zur dunklen Geschichte des Ortes gehört es, dass regierungstreue Truppen der Kaserne bei der Novemberrevolution am 11. Januar 1919 den Verlag des *Vorwärts* stürmten. Sie töteten sieben Besetzer. Bei der anschließenden Räumung des Verlagshauses wurden über 390 Gefangene in die Kaserne gebracht und teilweise schwer misshandelt.

Im Zweiten Weltkrieg diente das Dragonerareal als ein innerstädtischer Rüstungsstandort. Von unterschiedlichen Firmen wurden Zwangsarbeiter*innen eingesetzt und auf dem Gelände untergebracht.

Das heute teils denkmalgeschützte Gelände war in Besitz des Bundes und wurde 2012 als Spekulationsobjekt im Immobilienmarkt an Investoren verkauft. Es gab heftigen Widerspruch und die Privatisierung konnte endlich 2019 durch eine Grundstücksübertragung an das Land Berlin gestoppt werden. 2021 wurde der denkmalgeschützt sanierte Kiezraum eingeweiht mit einer Nutzungsvereinbarung als Pilotphase zwischen Bezirksamt und zivilgesellschaftlich organisierten Gruppen/Einzelpersonen. CRS



„Wir müssen den Kampf um Frieden, um Beendigung dieses Krieges auf europäische Ebene heben!“

Harri Grünberg

Vorstand *aufstehen* Trägerverein

Zunächst einmal meinen Dank an die Veranstalter. Diese Veranstaltung ist zumindest aus zwei Gründen bedeutsam. Erstens weil sie auch die gewerkschaftliche Dimension des Kampfes um Frieden einbezieht. Die Gewerkschaften müssen für den Kampf um Diplomatie, Ende der Waffenlieferungen und Ende des Wirtschaftskrieges gewonnen werden. Dies muss zusammenlaufen mit den Tarifikämpfen gegen Reallohnverlust. Der Wirtschaftskrieg hat zur Folge, dass der soziale Krieg nach innen gegen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung intensiviert wird.

Soziale Kämpfe werden sich künftig intensivieren, denn das Kapital wird die Folgen des Krieges auf die arbeitende Bevölkerung abwälzen. Dieser Krieg wird vieles verändern. Er begräbt die alte Weltordnung. Und so wie der erste und zweite Weltkrieg enorme Turbulenzen auslöste, wird auch dieser Krieg eine neue Ordnung hervorbringen. Wir sehen, dass die neoliberale globalisierte kapitalistische Weltordnung, die auf Dominanz und Ausplünderung des globalen Südens gegründet ist, erschüttert ist und die Expansion des Neoliberalismus ins Stocken geraten ist. Der Dollar verliert rasant seine Bedeutung und damit kracht auch die Wirtschaft vieler Länder. Wir treten in eine neue Epoche der Krisenhaftigkeit des kapitalistischen Systems. Der deutsche Kapitalismus ist eines der ersten Opfer dieser tektonischen Erschütterungen und das wird weitreichende Konsequenzen für die Arbeiterklasse in Deutschland haben.

Der zweite Punkt dieser Veranstaltung, den ich hervorheben will, ist die internationale Dimension. Durch die Einbeziehung unserer Freund*innen aus Frankreich und natürlich auch Genossinnen und Genossen, entspricht diese Veranstaltung einer Notwendigkeit. Wir müssen den Kampf um Frieden, um Beendigung dieses Krieges auf europäische Ebene heben, dafür eine europäische Plattform schaffen. Die Veranstalter liegen richtig mit ihrer Initiative nach einer europäischen Friedensinitiative und ihnen ist zu danken.

Ich möchte aber als Vertreter von *aufstehen* hier die Gelegenheit nutzen den Millionen, die in Frankreich gegen Macrons Sozialabbau kämpfen, unsere Grüße zu übermitteln. Diese Bewegung ist dabei, Macron zu besiegen. Er muss auch noch in seiner Kriegspolitik besiegt werden.

Und wenn in Frankreich der Pulverdampf über den Barrikaden aufsteigt, so schwappt dieser auch über den Rhein. Das war in den Jahren der französischen Revolution so, das war auch im Mai 1968 der Fall und wird sicherlich auch heute so sein

Die Großkundgebung „Aufstand für Frieden“ am 25. Februar 2023 mit 50.000 Teilnehmern und Teilnehmerinnen war ein voller Erfolg. Sie macht Mut und sie zeigt, wir sind nicht Wenige. Millionen von Menschen in unserem Land, die Angst vor einer weiteren Eskalation des Krieges haben, hatten bisher keine Stimme. Medien und Politik taten alles, um eine Opposition wegzureden, eine Hälfte der Bevölkerung völlig zu ignorieren. Jetzt zeigt sich, dass Millionen in diesem Land keine weitere Kriegseskalation wollen und dass man dies zum Ausdruck bringen kann. Wir sind nicht mehr vereinzelt. Über 700.000 haben das Manifest für den Frieden unterzeichnet. Ein toller Erfolg und wir werden noch die Million erleben.

Trotz einer enormen Hetze von Politik und Medien, sind



50.000 auf die Straße gegangen. Das kann der Anfang einer neuen großen Friedensbewegung sein, die unsere Regierung dazu zwingt, von ihrem Kriegskurs abzugehen. Waffenlieferungen und Wirtschaftskrieg einzustellen. Millionen fühlen sich durch die Politik der Ampel-Regierung nicht mehr vertreten.

Die Sammlungsbewegung *aufstehen* hatte den Aufruf zur Teilnahme an dieser Kundgebung unterstützt. *Aufstehen* war wahrnehmbar und wir freuen uns, unseren Beitrag für den Erfolg geleistet zu haben.

Wir weisen die Hetze in Medien und Politik gegen Sahra Wagenknecht, Alice Schwarzer und die vielen Unterzeichner des Manifestes für den Frieden zurück. Wer für den Frieden kämpft, ist nicht rechts. Rechts sind jene, die den Krieg unterstützen. Der Vorwurf der Rechtsoffenheit ist Teil einer ideologischen Hetze, um die Friedensbewegung zu diskreditieren. Wir bedauern, dass sich die Spitze der Partei Die Linke dieser Hetze angeschlossen hat. Das sie auf das Manifest und die Kundgebung wie eine Sekte reagierte.

Die Linke ist aber derzeit auch mit ihrer Position zum Krieg keineswegs mehr mit der Friedensbewegung anschlussfähig. Die Friedensbewegung fordert: „keine Waffenlieferungen“, „sofortig Verhandlungen für einen Waffenstillstand“. Die Linke ist eher für Waffenlieferungen und verpackt dies mit dem Recht der Ukraine sich zu verteidigen. Die Linke fordert keine sofortigen Waffenstillstandsverhandlungen, weil wichtige Kräfte innerhalb der Linken meinen, die Ukraine könnte siegen. Damit macht man sich schuldig, das Gemetzel fortzusetzen.

Jetzt geht es darum, auch unserer Meinung nach eine breite Friedensbewegung aufzubauen. Überall müssen vor Ort Strukturen wachsen und *aufstehen* wird mit dabei sein. Nach Auffassung von *aufstehen* sollte sich diese neue alte Friedensbewegung entlang von drei Hauptforderungen konstituieren:

- Waffenstillstand, sofortiger Stopp der Waffenlieferungen für die Ukraine,
- Aufnahme diplomatischer Gespräche unter Vermittlung Dritter,

- Beendigung des Wirtschaftskrieges.

Im Ergebnis muss es Friedensverhandlungen geben, die zu einer neuen Sicherheitsarchitektur in Europa führen unter Berücksichtigung der Interessen Russlands und der Ukraine.

Wir unterstützen die Bildung von Antikriegskomitees überall im Land, wozu diese Tagung zusammen mit linken Gewerkschafts-Aktivistinnen ein wichtiger Beitrag sein wird, besonders um in den Gewerkschaften den Druck für Frieden zu erhöhen. Nur wenn sich die Kämpfe der ArbeitnehmerInnen mit dem Kampf um Frieden verbinden, kann eine machtvolle Bewegung erwachsen. Davor haben die Herrschenden wahrlich Angst. So wie dies Sahara in ihrem Redebeitrag zum Ausdruck brachte.

Als *aufstehen* haben wir das Bündnis *Heizung Brot und Frieden* (HBF) in Berlin mit initiiert. HBF war immer der Auffassung, dass der Kampf um Verteidigung von Brot, Arbeit und Heizung nur in Verbindung mit der Friedensfrage geht. Nur so können wir Millionen mobilisieren.

Ein weiterer Aspekt der mit der Großkundgebung „Aufstand für Frieden“ im Zusammenhang steht, quasi hier als weißer Elefant im Raum steht, das ist die Frage nach der politischen Vertretung der Friedensfrage in den Parlamenten. Die Friedensbewegung wird auf Dauer nicht ohne parlamentarische Vertretung auskommen.

„Wer soziale Gerechtigkeit will, muss den Frieden erkämpfen“

Peter Witt

**DGB-Kreisvorsitzender
Berlin Tempelhof-Schöneberg**

Seit einem Jahr tobt ein grausamer Krieg in der Ukraine und die Grausamkeiten nehmen immer mehr zu.

Auch ich war bei dem Manifest-für-Frieden. Es kann nicht sein, dass die, die sich für Frieden einsetzen, gleich in die rechte Ecke gestellt werden, wir als Gewerkschaftler können es nicht hinnehmen, dass Menschen als Schutzschilder für Kanonenfutter benutzt werden.

Der DGB-Kreisverband Tempelhof-Schöneberg fordert die sofortige Beendigung des Krieges und ruft zur Solidarität mit den Menschen in der Ukraine auf. Wir stehen hier, weil das Sterben ein Ende haben muss.

Der DGB hatte schon am 02.03.2022 eine Resolution veröffentlicht!

Krieg sofort beenden! Waffenstillstand jetzt!

Erklärung des DGB-Bundesausschusses zum Ukraine-krieg:

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften verurteilen die kriegerische Aggression Russlands auf die Ukraine auf das Schärfste. Dieser Krieg stellt einen beispiellosen Angriff auf die europäische Friedensordnung dar, die auf Freiheit, Menschenrechten, Selbstbestimmung und Gerechtigkeit basiert.

Seine Hauptleidtragenden sind die Zivilbevölkerung und viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Gemeinsam mit der internationalen Gewerkschaftsbewegung stehen wir solidarisch an der Seite der mutigen Menschen in der Ukraine. Zugleich gelten unsere Solidarität und unser Respekt all den Menschen in Russland, die schweren Repressalien des Regimes ausgesetzt sind, weil sie mutig auf

Dennoch dürfen wir die Frage nach einer breiten Friedensbewegung nicht mit der Frage einer neuen politischen Bewegung belasten. Der Charakter als breites Bündnis, das bis in bürgerliche Kreise hineinreicht muss aufrechterhalten werden.

Der Kampf aber um eine politische Vertretung der Friedensbewegung in Form einer neuen Wahlalternative wird aber inhaltlich breiter aufgestellt sein müssen, als das Bündnis aufstand für den Frieden. Der Kampf um soziales und Frieden muss Markenzeichen dieser Alternative werden. Das können wir auch als *aufstehen* so vertreten.

Wir rufen alle dazu auf, sich aktiv in Friedenskundgebungen und Demonstrationen für Frieden einzubringen. Deshalb ist die nächste wichtige Station zum Aufbau einer Friedensbewegung, große Ostermärsche zu organisieren. Dass sie zu einem erneuten Höhepunkt einer kämpferischen Friedensbewegung werden. Und sollte die Regierung unter dem Druck einer Lieferung von Kampfflugzeugen zustimmen, dann müssen wir wieder massenweise nach Berlin strömen und das muss auch vor Ort gut organisiert sein. Deshalb lasst uns überall in diesem Land eine breite Friedensbewegung, in der sich alle Graswurzelbewegungen einbringen können, aufbauen.



die Straße gehen und ihre Stimme gegen den Krieg erheben.

- Wir fordern die russische Regierung auf, die Kämpfe umgehend zu beenden, einem sofortigen Waffenstillstand zuzustimmen, um jede weitere Eskalation der Situation zu verhindern, und die territoriale Integrität der Ukraine durch den Rückzug ihrer Truppen wiederherzustellen.

- Alle Seiten müssen jetzt mit Hochdruck weiter an diplomatischen Lösungen arbeiten. Das bedeutet zuallererst, dass die russische Seite dazu gebracht werden muss, den Angriffskrieg zu beenden. Der deutschen Bundesregierung kommt eine zentrale Rolle zu. Gemeinsam mit ihren EU-Partner*innen ist sie besonders gefordert bei der Suche nach diplomatischen Lösungen, die den Krieg beenden und die Perspektive auf eine neue gesamteuropäische Architektur des Friedens und der Sicherheit eröffnen.

Gegen einen neuen Rüstungswettlauf!

Die Waffen müssen endlich schweigen!

Wir sind solidarisch mit den zahlreichen von Krieg und Verfolgung bedrohten sowie geflüchteten Menschen. Wir sind für die schnellstmöglich und umfassende Abrüstung von Atomwaffen.

Wir brauen den Frieden „Jetzt“!

„Wie steht es aktuell um eine breite Friedensbewegung? Nicht schlecht, finde ich ...“

Barbara Majd Amin

Friedenskoordination Berlin, AG Frieden in der GEW Berlin

Liebe Freundinnen und Freunde,
ich bedanke mich für die Einladung und für die Gelegenheit zum Austausch.

Wir sind uns einig über:

- die Gefahr der Eskalation, der Ausweitung des Ukraine-Krieges,
- über die Forderung nach sofortigen Verhandlungen
- und ein Ende der Waffenlieferungen,
- über die Notwendigkeit des Widerstands gegen die sozialen Folgen von Aufrüstung und Wirtschaftskrieg und
- dass nur eine breite Bewegung diese Entwicklung stoppen kann.

Wie steht es aktuell in diesem Kampf um eine breite Friedensbewegung?

Nicht schlecht, finde ich, im Gegenteil:

wir werden mehr: immer mehr friedensbewegte Menschen gehen auf die Straße; allein in diesem Jahr waren mehr als 20.000 Menschen auf zwei Demos im München gegen die „Sicherheitskonferenz“,

an vielen Orten gab es am 24. Februar Konferenzen und Kundgebungen in unserem Sinn, auch in Berlin;

dann das Manifest von Sarah Wagenknecht und Alice Schwarzer mit inzwischen mehr als 727.000 Unterzeichnern und zuletzt am 25.2. der „Aufstand für den Frieden“ am Brandenburger Tor, so kurz nach München und mit doppelter Teilnehmerzahl.

Das ist großartig und macht Mut.

Aber machen wir uns nichts vor!

Wenn wir nicht alle Kraft daransetzen, das Erreichte auszubauen, werden wir auf lange Sicht diesen Kampf verlieren.

Was meine ich damit? Eine Initiative wie das Manifest hat den Nerv getroffen, sowohl den Nerv friedensbewegter Menschen als auch den Nerv der Kriegshetzer. Diese sind geradezu in Schnappatmung verfallen und vergiften die Diskussion, wo sie nur können.

Allerdings kann das Manifest auf Dauer nicht die Mühen der Ebene ersetzen.

Es kann nicht das ersetzen, was die Gruppen, Netzwerke, Organisationen der Friedensbewegung seit Jahrzehnten geleistet haben und leisten – regional und bundesweit.

Erfolgreich können wir nur alle gemeinsam sein, nicht in der beschworenen „neuen“, sondern in der wieder erstarkten Friedensbewegung, mit dem Willen und der Fähigkeit zum Konsens und gegen alle Spaltungsversuche, Hetze und Diffamierungen.

Es liegt jetzt auch an uns, dass der Aufstand für den Frieden am 25.2. keine Eintagsfliege bleibt.

Ganz konkret 1.)

Überall im Land bereiten wir die Ostermärsche vor.

Es liegt an uns allen, so dafür zu mobilisieren, dass wir die Teilnehmerzahl der letzten Jahre deutlich übertreffen. Wer von euch aus Berlin ist, kann heute mit einem Packen unserer Ostermarsch-Flyer nach Hause gehen und mit der Mobilisierung in seinem Umfeld beginnen.

Ganz konkret 2.)

Die Erfahrungen der 80er Jahre haben gezeigt, wie wichtig es war, dass überall regionale kleine und größere Initiativen entstanden. Es liegt auch an uns, wieder dazu zu ermutigen und daran mitzuwirken, dass überall bestehende Gruppen



stärker werden und neue Friedensgruppen entstehen.

Ganz konkret 3.)

Wie in den 80ern müssen wir außerdem den Austausch und die Abstimmung zwischen diesen vielen Gruppen organisieren und festigen.

Wir in der Friedenskoordination Berlin sind ein Beispiel dafür, wir sind das Netzwerk gegen Krieg in Berlin, seit mehr als 40 Jahren. Wir tauschen uns auf den monatlichen Plena über inhaltliche Fragen aus – und laden bei aktuellen Anlässen und wichtigen Terminen zu Aktionstreffen ein, um Demos oder Kundgebungen zu verabreden. In anderen Städten und Regionen gibt es ebenfalls solche Netzwerke. Bundesweit existieren zudem zahlreiche große Friedens-Organisationen. Nutzen wir diese vorhandenen Schätze an Organisation und Erfahrung – und zwar gemeinsam, führen wir sie zusammen.

Ganz konkret 4.)

Zum Schluss komme ich zu einer der vielleicht größten Herausforderungen: den Gewerkschaften. Peter Witt hat bereits dazu gesprochen.

Meine Kolleginnen und Kollegen in der AG Frieden der GEW Berlin – wir erfahren gerade, wie schwierig es ist, allein die Debatte über Ursachen und Folgen des Ukrainekrieges zu initiieren. Wir sind seit Jahren aktiv. Wir wurden von den Vorständen unterstützt, solange es um unstrittige Fragen ging, wie z.B. die Ablehnung der Bundeswehrwerbung an Schulen.

Jetzt ist Schluss mit lustig: nicht einmal die Debatte über den Krieg, die Sanktionen, die Waffenlieferungen ist gewünscht, sie wird im Gegenteil behindert.

Dabei ist es fundamental wichtig, dass sich in den Gewerkschaften die Erkenntnis durchsetzt, dass es der Wirtschaftskrieg gegen Russland ist, der die Energiepreise hat explodieren lassen und der die Inflation verursacht hat. Wir Mitglieder der Gewerkschaften müssen die Erkenntnis durchsetzen, dass mit den Sanktionen und den Auswirkungen hierzulande die Regierung einen Krieg gegen unsere Lebensgrundlagen führt. Dagegen müssen wir den Kampf um höhere Löhne setzen.

Aber das reicht nicht: Untrennbar verbunden damit ist der Kampf gegen höhere Rüstungsausgaben und gegen die Waffenlieferungen, denn die Eskalation des Krieges durch Waffenlieferungen bedroht uns alle und die Kosten für die Auf-

rüstung werden durch den Griff in unsere Taschen und in die Etats der Daseinsvorsorge bezahlt.

Die Tarifikämpfe, in denen wir in diesem Sinne mit orientieren müssen, wurden schon angesprochen.

Die nächsten Angriffe auf unsere Rechte als Gewerkschaftsmitglieder sind außerdem bereits in Sicht: die Propagierung der Abschaffung eines gesetzlichen Feiertages, damit das BIP steigt und mehr Geld für Rüstung da ist. Das - sowie die Dienstverpflichtung aller für ein Jahr „für die Allgemeinheit“ – solche Vorschläge müssen vom Tisch.

Ich möchte euch allen, die ihr in Gewerkschaften organisiert seid, Mut machen: Auch in den 80ern waren die Gewerkschaften nicht gleich Teil der Friedensbewegung, ja haben teilweise sogar die Teilnahme an Demonstrationen mit Gewerkschaftsfahnen verboten. Daran haben wir uns einfach

nicht gehalten, gewerkschaftliche Friedens-AGs gegründet, Beschlüsse durchgesetzt.

Es ist heute schwieriger als damals, zugegeben. Die Krieges- und Aufrüstungshysterie ist gewaltig, aber das sollte uns umso mehr anspornen.

Unterstützen wir die Kolleginnen und Kollegen in den Tarifikämpfen!

Sorgen wir dafür, dass in den Gewerkschaftsblöcken der DGB-Demo am 1. Mai viele Transparente mit Friedenslosungen zu sehen sind:

Schluss mit Waffenlieferungen und Sanktionen! Waffenstillstand und Verhandeln jetzt!

Machen wir die Gewerkschaften zum aktiven Teil der erstarkten Friedensbewegung, gegen Aufrüstung und Kriegspolitik!

„Eine Mehrheit von Gewerkschaftskolleg*innen sagt Nein zur Kriegspolitik der Regierung – wir müssen ihnen eine Stimme geben“

Georg Heidel

Ver.di Gewerkschafter, bis zur Rente Beschäftigter bei der Berliner Stadtreinigung (BSR)

Ich bin aktiv im den DGB-Kreisverband Tempelhof Schöneberg und bei ver.di Berlin und unterstütze natürlich auch die Kolleginnen und Kollegen, die sich in Berlin in den Tarifikämpfen befinden. Ich möchte etwas sagen, was die Diskussionen zu Krieg und Frieden in Tempelhof Schöneberg betrifft.

Es gibt keine einhellige Meinung dazu und ich sage hier auch ganz deutlich: unsere Solidarität oder meine, und damit bin ich nicht alleine, gilt nicht allein den ukrainischen Opfern des Krieges, sondern es gilt auch den Menschen auf der russischen Seite und auf den Menschen im Ostteil der Ukraine, die von den Kiewer Truppen beschossen werden. Das ist mir wichtig.

Schon im letzten Jahr als der Brief von David Precht und Alice Schwarzer geschrieben wurde, dass es notwendig ist, Verhandlungen und eine Friedensinitiative zu starten, haben wir vom DGB Tempelhof-Schöneberg ein Positionspapier geschrieben, was ein Stückweit auf die Vorgeschichte eingeht. Das haben wir in einigen Kreisverbänden und auch bei der Berliner Friedensgruppe der GEW. Dafür möchte ich mich nochmal bei den Kolleginnen und Kollegen bedanken.

Es ist so, dass wir innerhalb des DGB darum gebeten haben, mal mit allen Kreisverbänden zusammen dieses Papier zu diskutieren. Das ist bis heute nicht eingehalten worden. So viel muss ich leider mal sagen, das ist eine Frage der innergewerkschaftlichen Demokratie. Die Konsequenz daraus ist, dass wir aus den Basisstrukturen heraus diese Debatte führen müssen, überall führen müssen, wo wir auftreten.

Und das habe ich in den letzten Wochen auch gemacht, mit meinen Freunden und Kollegen, auch bei den Kolleg*innen der BSR.

Überall, wo ich die Möglichkeit hatte, mit Kolleg*innen über den Aspekt des Krieges zu diskutieren, habe ich keinerlei Meinung gehört oder Mehrheit von Kollegen gefunden, die sagten, das ist ganz richtig so, wie das die Bundesregierung momentan macht. Das ist nicht so der Fall.



Wir müssen ihnen nur eine Stimme geben. Das ist der Punkt.

Das betrifft auch den Ostermarsch. Wenn man nur mit einem Transparent hingehet und sagt „Wir wollen Frieden“, dann ist das schön. Das kann aber nicht alles sein. Ab so ein Transparent können auch Strack-Zimmermann oder die GRÜNEN tragen. Die zentrale erste Forderung muss sein, „Waffenstillstand sofort!“ Und alles andere folgt danach. Das ist unser Anliegen, das werden wir in den Streik einbringen und das werden wir in den nächsten Tagen diskutieren.

Ich hoffe, dass wir in der Lage sind, uns in Zukunft zu vernetzen, weil wir uns gut koordinieren müssen. Damit müssen wir auch der Hetze entgegentreten.

„Mehr Geld für Kitas! Nicht für Waffen!“ Forderung der Kolleginnen und Kollegen im Arbeitskampf

Michael Altmann

ver.di-Bezirksvorstand Frankfurt/Main und Region, Redaktion *Soziale Politik & Demokratie*

Mein Name ist Michael Altmann, ich bin politisch engagierter Gewerkschafter, Mitglied im ver.di-Bezirksvorstand Frankfurt am Main und Region und für unseren Gewerkschaftsbereich „Gesundheit, soziale Dienste, Bildung und Wissenschaft“ auch auf Landesebene von ver.di Hessen engagiert.

Wir Gewerkschaftskolleg*innen stehen in einem harten Arbeitskampf für Reallohnsicherung in Kitas, Krankenhäusern, Altenpflege und Sozialarbeit, gemeinsam mit unseren Kolleg:innen des öffentlichen Dienstes. Wir kämpfen für einen einheitlichen Streik auch gemeinsam mit den Kolleg:innen der Post und Bahn. Unsere Forderung 10,5 %, mindestens 500 Euro monatlich mehr. Die Postkollegen fordern 15 %, jetzt neu die Bahnkollegen 17 %, mindestens 650 Euro mehr.

Wir lehnen Einmalzahlungen als Almosen ab. Es geht um eine Verteidigung des Real- und Tariflohns gegen die verheerenden Preissteigerungen, die sich durch Krieg, Sanktionen und Wirtschaftskrieg verschärft haben.

Es geht nicht um eine vorübergehende Krise: „Die Preise werden auch 2023 stark steigen“, wie die Wirtschaftspolitischen Informationen (ver.di 02/2023) uns erklären: „Die Wirtschaft droht zu schrumpfen, eine ‚Lohn-Preis-Spirale‘ ist dafür nicht verantwortlich. Im Gegenteil: die Reallöhne sinken. Die Entlastungspakete... reichen nicht aus. Entscheidend für eine Sicherung der Kaufkraft sind jetzt hinreichende tabellewirksame Tarifierhöhungen.“

Das Angebot der öffentlichen Arbeitgeber, der VKA, die in Wahrheit ein Ausschuss der Kommunal- und Bundesregierung ist, ist eine Kriegserklärung an die Beschäftigten der Öffentlichen Dienste, der kommunalen Daseinsvorsorge und der mit ihnen verbundenen Kitas, Krankenhäuser, Altenpflege... Durch Reallohnsenkung!

Das müssen wir nur mit einem Erzwingungsstreik des gesamten Öffentlichen Dienstes für einen inflationssicheren Tariflohn beantworten.

Als politisch engagierte Gewerkschaftskolleg*innen in Hessen stehen wir auch im Kampf für **„Stopp dem Krieg! Waffenstillstand sofort!“**.

Schon nach Beginn des Krieges und der „Zeitenwende“-Rede von Kanzler Scholz haben wir als ver.di-Fachbereichsvorstand zum 8. März 2022 nach leidenschaftlicher Diskussion eine Erklärung „Nein zum Krieg in Europa! Wo sind unsere 100 Mrd. Euro“ beschlossen und im Tarifkampf verteilt, in der wir uns auch gegen das Morden, für den Rückzug der Putin Truppen und eine Deeskalation der Nato durch Aufrüstung ausgesprochen haben.

Das gab dem breiten Willen im Streik des Sozial- und Erziehungsdienstes „für bessere Bezahlung, kleinere Gruppen und mehr Personal“ – es fehlen 173.000 Fachkräfte in den Kitas – eine Stimme. In dem Arbeitskampf forderten die Kolleg*innen „Mehr Geld für Kitas! Nicht für Waffen!“.

Auf unserer Fachbereichskonferenz im Juli 2022 haben wir daraufhin auf Initiative der Betriebsgruppe Uniklinik Frankfurt, die im Kampf für mehr Personal und bessere Arbeitsbedingungen stand, einen Antrag „Keine Waffenlieferungen! 100 Mrd. für Kitas, Krankenhäuser...“ in ver.di verabschiedet.

Auf der Landeskonferenz wurde dieser Antrag vom Bundesvorstandsmitglied Sylvia Bühler abgelehnt: Die richtige For-



derung nach 100 Mrd. für Kitas... habe nichts zu tun mit den Milliarden, die nötig seien für den Krieg.

Damit geht unsere Gewerkschaftsführung doch den Weg einer sozialen Begleitung der verheerenden Kriegspolitik der Regierung!

Wir haben als Gewerkschafter in Frankfurt an der Demonstration am 24.2. „Stoppt das Töten“, am Vorabend der großen Berliner Demonstration „Aufstand für Frieden“ teilgenommen.

Aufgrund des Drucks der Gewerkschaftsführung gab es leider kaum Gewerkschaftsfahnen. Aber die Kolleg*innen von *Heizung, Brot, Frieden* haben aus der gemeinsamen Diskussion mit einem Transparent unsere gemeinsamen Forderungen zum Ausdruck gebracht.

„Wir zahlen nicht für Eure Kriege oder Krisen!“

Energiekonzerne verstaatlichen!

Kriegspolitik der Regierung stoppen!

Für höhere Löhne!“

Wir als Gewerkschafter*innen sagen: Der Kampf gegen den Krieg und der Arbeitskampf für die Verteidigung unserer sozialen Grundlagen im Schatten der Kriegspolitik, für Reallohnsicherung und Sozialstaat – das ist ein Kampf!

Deshalb schlagen wir Euch vor, mit einer Unterschriftensammlung in die Tarifkämpfe einzugreifen und den 1. Mai vorzubereiten, um ihnen zu einem Kampftag zu machen:

„Gewerkschafter*innen sagen Nein zum Krieg – Nein zum sozialen Krieg gegen den Sozialstaat: **Wer soziale Gerechtigkeit will, muss den Frieden erkämpfen!**“

Wir sagen Nein zu einer Eskalation der Waffenlieferungen, die Soldaten und Zivilisten töten, Städte und Dörfer zerstören und ihre Bewohner zur Flucht treiben

Waffenstillstand sofort!

Wir sagen

Nein zur Sanktionspolitik!

Nein zum Wirtschaftskrieg, was Deutschland mit der Deindustrialisierung bezahlt und welche die Existenz der kleinen und Handwerksbetriebe und Millionen mit dem sozialen Absturz bedroht.

„Diese Kriegs- und Sanktionspolitik raubt uns Lohn, Rente und Zukunft“

Günter Däuber

IG Metall Gewerkschafter, aufstehen Ostfriesland, Leer

Mein Name ist Günter Däuber. Ich komme aus dem Landkreis Leer in Ostfriesland und bin Mitglied der IG Metall (IGM) und von *aufstehen Ostfriesland*.

Die Ablehnung gegen den Krieg mit seinen Folgen ist breit. Im Dezember 2022 haben wir *aufstehen Ostfriesland* als Ortsgruppe gegründet. Aus dem Bedürfnis heraus Gespräche zu führen und auch öffentlich Flagge zu zeigen. Auch in den Gewerkschaften gibt es Diskussionen und Positionen gegen die vorherrschende Kriegspolitik.

Deshalb habe ich euch vier Beispiele mitgebracht. Als erstes den Beschluss der Ortsvorstandsmitglieder und Delegierten der IGM Ennepe-Ruhr-Wupper:

„*Nein zu Krieg ! Nein zu Aufrüstung ! Frieden Jetzt!Die Grenzen verlaufen nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen den Profiteuren des Krieges und dessen Opfer.*“ vom März 2022.

Zweitens die Resolution der Delegiertenversammlung der IGM Leer 7 Papenburg vom 24.März 2022:

„...sofortige Einstellung aller Kampfhandlungenunverzügliche Aufnahme von Verhandlungen(wir lehnen) darüber hinaus die Zielsetzung ..für die (Erhöhung) des Militär Etat der Nato im GG ab ..“

Drittens einen Aufruf der IGM Geschäftsstelle Leer/ Papenburg zum 24.02.2023: *Aufruf zu einer Menschenkette „ für einen Waffenstillstand... Waffen bringen keinen Frieden ! Diplomatische Lösungen müssen her!“* 150-180 Kollegen nahmen daran teil.

Und viertens noch einen Antrag zum Gewerkschaftstag der IGM von 7 Mitgliedern der Delegiertenversammlung der IGM Bremen. Als Antrag von der Antragskommission auf nicht Beratung empfohlen): *„Waffen runter Löhne rauf“* In ihrem Antrag wird ausdrücklich auf die Kollegen in Griechenland und Italien verwiesen, die mit ihren Aktionen verweigern, Schiffe mit Rüstungsgütern zu löschen...“



Es gibt diese Positionen und die Diskussion auch in der IGM. Diese zu unterstützen ist für uns sehr wichtig.

Am 13.Februar telefonierte ich mit einem Kollegen über Möglichkeiten, wie wir eine Fahrt nach Berlin zum 25.02 organisieren können. Er machte den Vorschlag, seiner Verdi Ortsgruppe vorzuschlagen, dass diese als Gewerkschaft einen Bus organisiert. Zwei Tage später gab es einen Beschluss dieser ver.di Ortsgruppe und dazu die Zustimmung der Linken in Oldenburg, diesen Bus mit zu unterstützen. Aus organisatorischen Gründen konnte der Bus der ver.di Ortsgruppe nicht gestellt werden. Es drohte zu scheitern. Es fand sich durch einen Kollegen aus unseren Reihen ein Spender. So konnte durch die Linke in Oldenburg unser Bus realisiert

Soziale Politik & Demokratie
Für unabhängige ArbeiterInnenpolitik
Für die soziale Klasse

4. MÄRZ VERANSTALTUNG
Nein zum Krieg!
Nein zum sozialen Krieg!
bis 7. u. 8. 11

Serial Dagdelen
„Manifest für Frieden“
- eine Stimme für die
Militären der Bevölkerung 8.4

TARIFKAMPF
OFFENTLICHER DROHT
Angebot der Arbeiter-
bet - eine Frechheit! 8.7 - 11

HEUTE ODER NIEMAL!
Dienstag für die mehr
als 200.000 russischen
Beschäftigten 8.10

„Waffenstillstand sofort“
- Verkaufslagen“
Demonstrationen
in vielen Städten
Deutschlands 8.12 - 13

25. Februar 2023, Berlin „Anlauf für Frieden“
50.000
auf der Kundgebung am Brandenburger Tor
mit Salva Wagnerrecht und Alice Schneider

Streikwelle in ganz Deutschland
Krankenhäuser, Kitas, öffentliche Einrichtungen
schließen, Müllabfuhr im Ausstand
Busse und Bahnen stehen still

FRANKREICH, 7. MÄRZ 2023
Eine historische Mobilisierung
Millionen in Streiks und Demonstrationen
zur Blockade der Politik
von Macron 8.19

Nr. 401 30. März 2023 1,00 Euro, Spendeoption 1,00 Euro

Lest, abonniert und schreibt für die Soziale Politik & Demokratie

Die Zeitschrift erscheint 14-tägig und versteht sich als Forum für soziale und demokratische Politik, wie auch für das gemeinsame Handeln für die Verteidigung des Sozialstaats, der Demokratie und des Friedens, der Arbeitnehmerrechte und Tarifverträge. Die Zeitschrift, wie auch die politischen Initiativen und Aktivitäten um die Zeitschrift, werden ausschließlich durch Abonnements und Spenden finanziert.

Jahresabonnement: 50 Euro, Ermäßigtes Jahresabo: 30 Euro
Zahlungsweise: Einmalig pro Jahr oder in 4 Raten

Redaktionsadresse: Soziale Politik & Demokratie,
Postfach 120 364, 10593 Berlin
E-Mail: soziale.politik.und.demokratie@t-online.de
Im Internet: www.sozialepolitikunddemokratie.de

werden. Mit Abfahrt in Leer über Oldenburg führen 38 Kollegen nach Berlin zur Kundgebung Aufstand für Frieden.

Ja, es war ein wichtiges Ereignis. Egal mit wem man sprach, wo man ging und stand - alle waren begeistert bis euphorisch, die zehntausenden Mitstreiter zu sehen. In Gesprächen und Diskussionen nach dem 25.02 wurde nicht nur auf die Notwendigkeit eines weiteren Kontaktaufbaus vor Ort und zu anderen Bundesländern hingewiesen. Es ist auch immer wieder deutlich genannt worden, dass es absolut notwendig ist, sich über die Ländergrenzen hinweg auszutauschen, um gemeinsame Positionen zu finden.

Der Vorschlag einer europäischen Versammlung ist deshalb vollkommen richtig. Es ist unsere Erfahrung, dass es (nach all den Jahren mit Videokonferenzen) notwendig wäre, sich in Präsenz zu sehen und auszutauschen.

Abschließend möchte ich noch mal bekräftigen: Die Realität ist die, dass uns diese Kriegs- und Sanktionspolitik Lohn, Rente und Zukunft raubt. Dieser Krieg bringt nicht nur Leid, Zerstörung und Tod in den Kriegsgebieten! Er raubt uns auch uns als Arbeiter oder Rentner jeden Tag die Luft zum Atmen.

In diesem Sinne, weiter viel Erfolg für uns.

„Mit den Forderungen ‚Waffenstillstand sofort‘ und ‚Stopp der Waffenlieferungen‘ zum 1. Mai!“

Eva Gürster

ver.di Bezirksfachbereichsvorstand C (Gesundheitswesen) Köln

Nachdem Sahra Wagenknecht wegen ihrer Rede gegen die Zeitenwende von Scholz Druck von allen Seiten bekam, haben wir im Stadtteil Köln-Holweide eine Kundgebung gemacht gegen den Krieg und die Wirtschaftssanktionen. In Holweide, weil dort seit fast 2 Jahren ein Kampf gegen die Schließung des Städtischen Krankenhauses geführt wird. Die Kundgebung war spontan. Ein IG-Metaller und andere Gewerkschafter sprachen. Am Schluss wurde eine Resolution zur Unterstützung von Wagenknecht verabschiedet, die mit ihrer Rede für sehr viele gesprochen hat.

Gemeinsam mit vielen Gewerkschaftern haben wir an der Demonstration von ver.di und anderen Gewerkschaften am 22.10.2022 in Düsseldorf mit den Forderung gegen Waffenlieferung, für den Stopp der Sanktionen teilgenommen. Unserem Transparent mit der Losung „Nein zu Putin, Nein zur NATO“ schlossen sich ganz bewusst viele Leute an.

Gestützt auf die Mobilisierung haben wir auch in dem Stadtteil zwei größere Versammlungen durchgeführt. Eine mit Christian Leye (MdB, Die Linke), der zusammen mit Sahra Wagenknecht die Erklärung gegen die Zustimmung zur „Zeitenwende“-Regierungserklärung im Bundestag veröffentlicht hat. Es ging um die Diskussion, wer von den Sanktionen der Regierung Scholz profitiert und wer die Lasten dafür tragen soll. Die andere war mit Özlem Demirel (Mitglied im EU-Parlament, Die Linke), die ausgehend von ihrer Position im Europaparlament, die EU-Politik der Waffenlieferungen geißelte.

In ver.di wurde auf einer Landesfachbereichskonferenz für das Gesundheitswesen und die Wissenschaft, die 90.000 Mitglieder repräsentiert, von der ver.di-Bundesfachbereichsleitung Bühler vertreten, dass Solidarität mit der Ukraine nur bedeuten kann, dass man Waffen liefert und dass sich in Deutschland eine Mobilisierung gegen Sanktionen und Waffenlieferungen nicht möglich wäre.

Die große Kundgebung von Wagenknecht und anderen am 25.2. in Berlin hat viel in Bewegung gebracht. Auch in den Gewerkschaften. Es hat große Bedeutung für uns in der Gewerkschaft, dass die Kundgebung das Gegenteil bewiesen hat. Zehntausende waren da. Wenn die Gewerkschaften gegen den Kriegskurs von Scholz und Baerbock mobilisiert hätten, wären es Hunderttausende gewesen. Denn es ist Wahnsinn, wenn die Arbeiter und die Jugend die Teuerung von Strom und Gas, die Zerstörung von Krankenhäusern, Schulen und Kindergärten mitmachen sollen. Nur damit heute Panzer und morgen Kampfjets geliefert werden können und das Töten von Arbeitern und Jugendlichen in der Ukraine und Russland weitergehen kann.



Scholz musste den Termin am 9. März für eine Konzertierte Aktion mit den Gewerkschaften abblasen. Als ein Grund dafür wurde die „harte Haltung“ von ver.di im jetzigen Tarifkampf des öffentlichen Dienstes von Kommunen und Bund genannt.

In vorangegangenen Tarifabschlüssen waren noch „Inflationsausgleichsprämien“ von 3.000 Euro ausgehandelt worden, die sich gegen dauerhafte Tarifierhöhungen richten. Dadurch sollten die Tarifkonflikte entschärft werden.

In der aktuellen Tarifrunde sind die Forderungen klar und eindeutig: Die Kolleginnen und Kollegen wollen keine Prämien, sondern Tarifierhöhungen. Die ver.di-Führung lehnt deshalb die Einmalzahlungen ab. Zurzeit streiken die Arbeitnehmer für eine dauerhafte Lohnerhöhung von mindestens 500 Euro.

Die Streiks treiben die Regierung Scholz und wir werden weitermachen.

Auf unserer letzten Versammlung in Köln am 2. März haben wir diskutiert, am 1. Mai mit den Transparenten „Stoppt den Krieg!“, „Waffenstillstand sofort!“, „Schluss mit den Waffenlieferungen“, „Schluss mit der Preisexplosion, Aufhebung der Sanktionen“ an der Gewerkschaftsdemonstration teilzunehmen, zusammen mit dem Block der IG BAU und hinter ihrem Transparent „Stahl für Brücken statt für Waffen!“

Grußadresse aus Leipzig

Cornelia Matzke

Ärztin, ehemalige Landtagsabgeordnete im ersten Landtag nach 1989 in Sachsen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Aus beruflichen Gründen kann ich leider an der Versammlung nicht teilnehmen. Doch ich möchte es nicht versäumen, der Versammlung gegen Krieg und Sozialabbau am 4.3.23 in Berlin meine Unterstützung zu erklären.

Wir erleben eine der heftigsten Krisen seit dem Fall der Mauer. Das, was wir 1989 mit unserem Widerstand gegen das stalinistische System der SED-Bürokraten, mit der Revolution verbunden hatten, eine Einheit auf demokratischer Grundlage und sozialen Aufbau für alle, das Beste aus beiden Systemen, ist nicht in Erfüllung gegangen. Die Teilung Deutschlands ist politisch überwunden, aber die soziale Teilung, die Umverteilung von unten nach oben wurde krasser denn je.

Der Krieg auf dem Boden der Ukraine seit 2014, den das Regime Putin nicht ohne Zutun der USA eskaliert hat und bei dem es um Wirtschaftsinteressen und geopolitischen Einfluss geht, hat uns an den Rand eines dritten Weltkrieges gebracht. Menschen sterben auf beiden Seiten der Fronten für Oligarchen und deren Ziele.

Waffenstillstand sofort – es gibt keine Alternative zu dieser Forderung!

Damit verbunden ist eine zweite dringende Forderung für unser Land: Schluss mit dem sozialen Krieg gegen das Volk!

Grußadresse aus Heilbronn

Swetlana Zingraf

Berufsschullehrerin, GEW, 1995 mit ihren Eltern aus Kasachstan übergesiedelt

Mein Name ist Swetlana Zingraf. Ich bin 1995 mit meinen Eltern von Kasachstan nach Deutschland übergesiedelt.

Heute bin ich Lehrerin an der Christiane-Herzog-Schule in Heilbronn, einer beruflichen Schule und unterrichte Russisch, Deutsch und Philosophie.

Seit 2015 unterrichte ich Deutsch im VABO, also in Klassen mit Schülern ohne Deutschkenntnisse und begleite diese Schüler auch als Klassenlehrerin. Die Mehrheit meiner Schüler ist mit ihren Familien oder allein von Syrien, Afghanistan oder auch aus den afrikanischen Ländern vor dem Krieg geflohen. Seit September 2022 unterrichte ich 19 ukrainische Schüler. Das bedeutet, dass die Mehrheit meiner Schüler ihrer Heimat verlassen musste, weil diese größten Teils zerstört wurde. Viele haben Familienangehörige, ihre Wohnungen und alles, was sie sich in vielen Jahren aufgebaut haben, verloren. Diese jungen Menschen wurden durch diese Erlebnisse für ihr ganzes restliches Leben geprägt. Wer Krieg und Gewalt erlebt hat, wird es nicht vergessen.

Auch ich werde durch meine Arbeit mit diesen jungen Menschen geprägt. Auch ich werde nie die Narben, die einen jungen Mann im Gesicht durch die Splitter einer Bombe gezeichnet haben, vergessen. Auch werde ich niemals den leeren Blick einer jungen Frau, die im Krieg geschändet worden ist, oder Zeichnungen von Kriegsszenarien am Rand eines Arbeitsblattes oder im Collegeblock vergessen.

Die Zeit heilt alle Wunden heißt es, doch die Narben, ganz gleich ob körperlich oder seelisch, die bleiben. Das sind Fol-

Das ist das Besondere dieser Versammlung: der Krieg hat mehrere Dimensionen, gegen die wir gemeinsam aufstehen müssen!

Denn woher soll das Geld kommen für all die Waffen zum Töten von Menschen – natürlich durch Kürzung der Mittel für unser tägliches Leben. Es ist eine unglaubliche Verschleuderung von Ressourcen. Den Stahl, die Produktionskraft brauchen wir um Infrastruktur aufzubauen, um die Armut zu bekämpfen.

Ich bin Ärztin und muss im Beruf erleben, das ich Hilfe verweigern muss, weil ich es nicht mehr schaffen kann. Die Not ist gewachsen, die Mittel wurde verknappt und werden weiter abgebaut. Gleichzeitig versuchen die geplünderten Krankenkassen durch Ausweitung ihrer Regress-Forderungen ihre Kassen wieder aufzufüllen und damit – natürlich auf einer politisch legitimierten Basis – die Versorgung direkt oder indirekt weiter einzuschränken. Der soziale Abbau findet auf vielfältige Weise statt, oft so, dass die Dimension nicht von allen sofort erkannt wird. Auch durch Privatisierungspolitik findet Abbau statt. In Leipzig, obwohl sich die Bevölkerung in einem Volksentscheid mehrheitlich gegen die Fortsetzung der Strategien des Umbaus der Stadt in einen „Konzern“ ausgesprochen hatte.

Wir selbst befinden uns in einem Krieg gegen die Regierenden.

Die Forderung nach dem sofortigen Stopp der Waffenlieferungen und Waffenstillstand ist eine Frage des Überlebens aller Menschen – der Menschen an der Front in der Ukraine und der Menschen in den Ländern, die mit ihrem sozialen Errungenschaften für das Töten bezahlen sollen.

Mit kämpferischen Grüßen für ein Gelingen der Versammlung!

gen des Krieges, die ich als Lehrerin unmittelbar sehe.

Daraus kann es nur eine Schlussfolgerung geben, die Waffen müssen schweigen, es müssen Bemühungen unternommen werden, den Krieg friedlich zu beenden. Nur Frieden ist ein Garant dafür, dass Familien nicht auseinandergerissen werden, dass junge Menschen ihre Zukunft planen können, dass Frauen und Mädchen nicht geschändet werden.

Die Menschen aus der Ukraine brauchen Unterstützung. Diese Unterstützung kann aber nicht in Form von mehr Rüstung und mehr Waffen, die das Heimatland dieser Menschen dem Erdboden gleichmachen und Perspektiven zerstören, ausgedrückt werden. Die Unterstützung muss hier im Land im Bereich der Bildung, des Gesundheitswesens und der Kinderbetreuung ausgebaut und verbessert werden.

Einige meiner Schüler berichten mir, dass sie bereits einige Male umziehen mussten, weil die Familie in maroden Häusern oder Wohnungen untergebracht wurden, weil Wohnraum neben den Schul- und Kitaplätzen auch Mangelware ist.

Die Politik macht uns immer wieder klar, dass für Lehrkräfte, Sozialarbeiter, Schulpsychologen, Kitapersonal und Personal im Gesundheits- und Pflegewesen kein Geld da sei.

Nun wurde aber wie durch Zauberhand ein Portal geschaffen, mit dem Bundeskanzler Scholz ermöglicht, 100 Milliarden für die Rüstungsindustrie von unserem Geld und dem Geld der zukünftigen Generationen locker zu machen. 100 Milliarden für den Krieg.

Was bedeutet das? Das bedeutet, dass wir in den nächsten Jahren kaum bis gar keine Investitionen für den Bildungsbereich: Schulen, Kitas, oder auch im Gesundheitswesen sehen werden. Damit lässt sich nämlich an der Börse nicht so gut spekulieren, wie mit Bomben, Panzern, Raketen und Kriegsdrohnen.

Nein! Wir sehen es nicht ein, dass unsere Zukunft und die Zukunft der nächsten Generationen für kurzfristige Rendite geopfert wird. Es kann nicht sein, dass Destruktivkräfte eine

höhere Wertigkeit haben sollen als Produktivkräfte. Wer in die Rüstungsindustrie investiert, investiert in **Zerstörung und Tod** und ist maßgeblich für das Leid anderer Menschen verantwortlich. Investitionen in die Bildung sind nicht nur nachhaltiger, sie bringen uns gesamtgesellschaftlich weiter, denn gebildete Menschen können innovative Lebenskonzepte und neue Technologien entwickeln, die das Krieg-führen überflüssig machen würden. Diese Art von Investition wird uns aber seitens der Politik nicht in den Schoss gelegt. Dafür müssen wir uns miteinander solidarisieren und unermüdlich unsere Forderungen wiederholen, uns dafür engagieren. (...)

Mehr Lehrer, mehr Erzieherinnen, mehr Personal für den Gesundheitsbereich – diese Forderungen zielen darauf ab, den sozialen Bereich einer Gesellschaft zu stärken. Steht dieser Bereich auf einem soliden Fundament, werden alle anderen Bereiche davon profitieren. Diese Forderungen sind universell!

Alle Eltern wollen, dass ihre Kinder eine gute Bildung bekommen. Wir alle wollen ein gut funktionierendes Gesundheitssystem haben. Jeder möchte von seinem Lohn so leben können, damit man am gesellschaftlichen Leben teilhaben kann. Jeder möchte seine Kinder in Frieden aufwachsen sehen. Das haben wir alle gemeinsam, unabhängig davon

Der Kollege von den Naturfreunden hat schon darauf hingewiesen, dass uns nicht nur durchgeknallte Politiker und geifernde Medienvertreter gegenüberstehen. Da spielen auch noch andere Leute mit.

Vertreter der Industrie schreiben an Gesetzen mit, zum Teil sitzen sie selbst in den Ministerien, vom Einfluss der Lobbyisten ganz zu schweigen. Als Angela Merkel eine Osterruhe verordnet hatte, musste sie zurückrudern: die Wirtschaft habe ja auch angerufen, so ihre Begründung.

Der Zugriff der herrschenden Klasse und der Medien - die ihr gehören - auf unsere Gesellschaft ist so allumfassend, dass ihre Unschuld an den Weichenstellungen für den Ukrainekrieg recht unglaubwürdig ist.

Losgetreten wurde der Konflikt durch das EU-Assoziierungsabkommen: der Streit darum führte zum Sturz der ukrainischen Regierung und zur Machtübernahme der EU-orientierten (westukrainischen) Ultranationalisten, die sich auf den traditionellen Hass gegen die zaristische Despotie und die stalinistische Gewaltherrschaft stützen - und den Terror gegen den russischstämmigen Bevölkerungsteil dann staatlich befördert haben. Die Folgen sind bekannt.

Nun hat die Ukraine eine hohe Bedeutung in der russischen Staatsgründungsmythologie (Kiewer Ruß) und in der russischen Geschichte. In den Revolutionskriegen wurde Kiew mehrfach erobert und zurückerobert - als 1920 die Polen Kiew eingenommen hatten, meldeten sich 17.000 ehemalige zaristische Offiziere freiwillig zur Roten Armee. Geopolitisch betrachtet heißt es, wer Kiew hat, hat auch Moskau.

Die Ukraine aus dem russischen Einflussbereich herausbrechen zu wollen, ist also ein einigermaßen irrwitziges Unterfangen. Anlässlich des EU-Assoziierungsabkommens hat es an warnenden Stimmen aus dem diplomatischen Bereich nicht gefehlt, und wenn die Geheimdienste nicht völlig unfähig sind, müssen sie die Entscheidungsträger auf die Gefahren hingewiesen haben. Dazu würde ich gerne einmal eine Investigativ-Reportage sehen.

Es ist also davon auszugehen, dass unsere herrschende Klasse und ihre Politiker den militärischen Konflikt um die Ukraine bewusst in Kauf genommen haben. Das deutet auf ein recht verzweifeltes Suchen nach künftigen Profitmöglichkeiten hin. Jetzt hilft ihnen da die Rüstungskonjunktur. Es ist also nicht allein das US-Interesse an der Schwächung Russlands, das den Krieg in die Länge zieht und das Risiko der nuklearen Eskalation in Kauf nimmt.

Das deutsche Kapital hat die Ukraine nach den Feldzügen

welche Sprache wir sprechen oder welcher Nation wir angehören.

Die jetzigen politischen Entscheidungen tragen dazu bei, dass das am Profit orientierte System den sozialen Bereich destabilisiert. (...) 100 Mrd. für die Rüstungsindustrie schaffen Gelegenheiten für Gräueltaten, wie die in Butscha, denn es wurde noch nie ein Krieg geführt, in dem es keine Gräueltaten gab. Diese Art von Investition werden die Flüchtlingsströme nicht mindern, sondern noch mehr fördern. Wir brauchen Investitionen im sozialen Sektor (Bildung, Gesundheitswesen, usw.), damit die eigene Bevölkerung und die, die bei uns Schutz suchen, nicht gegeneinander ausgespielt werden. Aktuell wird eine Politik gemacht, die nur einigen wenigen nutzt. Wir brauchen eine Politik für alle. Bomben und Raketen werden soziale Probleme nicht lösen, sie verstärken diese.

50.000 in Berlin, viele Kundgebungen überall und diese Veranstaltung heute machen Mut, dass wir eine starke Kraft nicht nur in Deutschland, sondern mit unseren Freunden in Frankreich, in ganz Europa aufbauen können.

Schluss mit dem Krieg! Milliarden für eine Bildung, die diesen Namen verdient. Ich wünsche dieser Veranstaltung gutes Gelingen, bis bald.

Wer sind unsere Gegner?

Klaus Dallmer

Gewerkschafter, Politologe, Buchautor

unter Kaiser und Führer zweimal wieder hergeben müssen; jetzt lässt man kämpfen für die Freiheit - und meint damit die Investitionsfreiheit.

Gekämpft wird in der Ukraine nicht für die soziale Befreiung, sondern für Ehre und Territorium. Was will eigentlich eine Regierung, die ihre Berechtigung aus der Feindschaft gegen alles Russische bezieht, mit den Gebieten der russischstämmigen Bevölkerung im Osten und auf der Krim anfangen? Wer würde die rückeroberten Gebiete denn bekommen?

Die russischstämmige Bevölkerung wird sich hüten, zurückzukommen und sich dem Terror der Asow-Leute aussetzen. Also liefere es auf ethnische Säuberung hinaus. Würde der hochverschuldete ukrainische Staat die rückeroberten Gebiete dann seinen Söldnern oder seinen Oligarchen geben, oder wer würde das bekommen?

Zwischenruf aus der Zuhörerschaft: "Blackrock!"

Genau. Das wollte ich sagen.



„Es gibt genug Leid – und trotzdem gehen die Kriege weiter“

Katharina Kos

In Berlin lebende Amerikanerin

Auf der Versammlung am 4.3. hatte sich Kathi spontan zu Wort gemeldet, aber aufgrund der begrenzten Redezeit nur kurz sprechen können. Sie hat uns den folgenden Beitrag anschließend zur Verfügung gestellt.

Liebe Freundinnen und Freunde!

Mein Name ist Kathi Kos, ich lebe in Berlin seit 8 Jahren.

Meine Mutter war eine Hebamme Ende 1944 / 1945 in Berlin. Auch sie kam in ein Arbeitslager. Mein Vater war polnischer Kriegsgefangener in einem deutschen Lager.

Ich bin in einem Haushalt aus dem Zweiten Weltkrieg aufgewachsen. Deshalb war ich schon immer gegen Krieg, und alles, was mit Krieg zu tun hat, werde ich bekämpfen. Ich weiß, was der Krieg mit einer Familie, einem Volk, einer Kultur anrichtet.

In meiner Kindheit habe ich den Dominoeffekt des Vietnam-Krieges auf die Wirtschaft, die Arbeitsplätze und das tägliche Leben der 99% gesehen. Im Gegensatz zu den Eliten (die Konzernmächte werden immer ihre Profite machen) werden wir, die 99%, leiden: psychologisch, physisch, seelisch.

Es gibt genug Leid - und trotzdem gehen die Kriege weiter. Hauptsächlich durch das imperialistische, kolonialistische amerikanische Engagement, durch den militärisch-industriellen Komplex.

Als Amerikanerin kann ich Euch schildern, was in den USA heute vor sich geht.

Während der Covid-Pandemie waren 120 Millionen Amerikaner ohne ausreichende Lebensmittelversorgung. Das bedeutet, dass eine Person 3 Jobs haben kann und immer noch nicht genug Geld hat, um sich genügend Essen zu kaufen. Diese Menschen müssen zu einer Kirche gehen, um kostenloses Essen zu bekommen.

Es gibt kein funktionierendes Gesundheitssystem. Die Mehrheit ist übergewichtig, weil sie billige Lebensmittel essen. Diabetes tritt schon bei Kindern auf, und ich vermute, der Prozentsatz liegt bei über 50% der Amerikaner. Die Mehrheit ist krank oder in seiner Gesundheit gefährdet.



Sehr viele Menschen können sich die Kosten für die Wohnung nicht mehr leisten. Die Gehälter sind keine Löhne zum Überleben.

Und die Regierung, sei es die von Biden oder Trump (es spielt keine Rolle, ob einer besser als der andere ist) kümmern sich nicht um die Menschen.

Dieses unmenschliche System bedeutet, dass Sie Steuern zahlen und nichts zurückbekommen. Ihre Infrastruktur, Straßen, U-Bahnen, Brücken, Züge brechen zusammen.

Und an diesem Punkt muss ich euch sagen: Das ist das, was die US-Administration nach Deutschland exportieren will.

Die Herrschenden in den USA haben immer das europäische System gehasst (mit seinen sozialen Errungenschaften). Beispiel Bildung: Für ein Studium an der New York Universität zahlst du 100.000 US Dollar. In Europa muss für die Ausbildung verglichen damit kaum etwas bezahlt werden. Bildung für die Kinder und Jugendlichen sollte immer frei von Kosten sein.

Washington will seit Jahren Deutschland kontrollieren, denn wenn sie Deutschland kontrollieren, kontrollieren sie Europa.

Im Großbritannien, wo ich gelebt habe, zeigt die "besondere Beziehung" zwischen den USA und Großbritannien jetzt ihr schreckliches Gesicht: Die gleichen Probleme, insbesondere die Privatisierung des Nationalen Gesundheitssystems NHS macht das Land kaputt. Sie wollen das Job-Center-System abschaffen. Sie wollen alles privatisieren.

Und Scholz merkt nicht, dass er einen Pakt mit dem Teufel geschlossen hat. Seit meiner Kindheit erfahre ich seit den 60er Jahren ununterbrochen: Die USA lieben den Krieg. Und Scholz bringt Deutschland auf die Knie und zu seinem Vollstrecker.

Washington wird Scholz benutzen, um an Russland heranzukommen. Ich meine das zu 100%.

Denkt daran: 1983/84 schuf Donald Rumsfeld, ein Neokonservativer, das „Projekt für das neue Amerikanische Jahrhundert“, das im Grunde eine offizielle Erklärung abgab, dass Amerika das Recht hat, den Irak, Libyen, Iran, Sudan, Somalia und Syrien anzugreifen... Dies wurde von Ramsey Clark (amerikanischer Anwalt und Regierungsbeamter im US-Justizministerium) in einer Rede als Plan für die nächsten 7 Jahre (2001) offiziell bestätigt. Um einen Regimewechsel in all diesen Ländern herbeizuführen!

Sie gaben Sadaam Hussein Waffen, um den Iran zu bekämpfen. Danach änderten sie ihre Meinung und schufen schreckliche, grausame Sanktionen, die über 500.000 Kinder im Irak töteten. Wir wissen, was sonst noch alles passiert ist. Sie gingen illegal in den Irak und übernahmen die Macht. Und sie töteten Hussein.

Sie haben das mit Libyen, Syrien und dem Jemen getan und die Hölle auf Erden für den Mittleren Osten geschaffen.

Und als ob das nicht genug wäre für dieses Monster von Amerika, will es jetzt auch noch die russischen Gebiete! Und es tut dies, indem es Deutschland benutzt.

Ich bitte die Deutschen, aufzuwachen – und diesen Wahnsinn zu beenden.

Nie wieder Krieg!

Nein zum unendlichen Krieg - nach innen und nach außen!

Vier Vorschläge zum Abschluss unserer Versammlung

Dr. Alexander King

Ehemaliger Abgeordneter des Berliner Abgeordnetenhauses, DIE LINKE, aufstehen

Liebe Freundinnen und Freunde,
ich möchte zum Abschluss unserer Versammlung vier Bemerkungen machen.

Zunächst: Eine solch gut besuchte, gut organisierte und kraftvolle Veranstaltung auf die Beine zu stellen, nur eine Woche nach der Kundgebung vom letzten Samstag, die auch schon viele Kräfte gebunden hatte, das ist keine Selbstverständlichkeit, aber das ist genau das Richtige. Dafür vielen Dank, insbesondere an Carla und Gotthard, stellvertretend für alle, die mitgeholfen haben.

Wir leben in einer Zeit starker gesellschaftlicher Zuspitzung. Da brauchen wir Mut, Unerschrockenheit und Zusammenhalt. Das habe ich heute hier gespürt. Und auch dafür vielen Dank an alle Mitwirkenden, an euch alle.

Zweitens: Die große Bedeutung der Friedenskundgebung vom 25. Februar bemisst sich nicht alleine an der hohen Zahl ihrer Teilnehmer, sondern auch an den Reaktionen der Medien und der herrschenden Politik. Wir haben vorhin von Sevim gehört, wie sich der Bundestag eine Woche lang daran abgearbeitet hat. Und wir erleben den Hass und die Hetze in den Medien und aus dem gesamten politischen Establishment, bis leider hinein in die Linke. So wichtig ist es ihnen, die Kundgebung zu diskreditieren, dass sie dafür sogar in Kauf nehmen, AfD und andere rechte Gruppen zu stärken, indem sie deren klägliche Vereinnahmungsversuche medial aufplustern, um die Friedensbewegung zu schwächen.

Das Besondere ist: Gegen das Establishment steht eine widerspenstige Bevölkerung. Es ist doch erstaunlich, dass trotz der 100%igen Gehirnwäsche so viele Leute auf die Kundgebung gekommen sind und in Umfragen sich die Hälfte der Befragten gegen Waffenlieferungen und für Verhandlungen aussprechen. Das macht Hoffnung.

Drittens: Ich wurde vorhin als Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses vorgestellt. Das bin ich auch noch – allerdings nur noch anderthalb Wochen lang. Ich war ein gutes Jahr lang medienpolitischer Sprecher der Linksfraktion. Und vor diesem Hintergrund möchte ich Folgendes betonen:

In meinem ganzen politischen Leben habe ich eine vergleichbare mediale Hetze noch nicht erlebt. Wir können das zu Recht beklagen, wir dürfen aber nicht dabei stehen bleiben. Wir müssen uns wehren. Ich appelliere, Gegenmedien, Gegenöffentlichkeit, die es gibt, zu unterstützen und zu stärken. Ich appelliere, Leserbriefe zu schreiben, sich an die Redaktionen der Zeitungen und Sender zu wenden.

Und insbesondere:

Lasst uns um den öffentlich-rechtlichen Rundfunk kämpfen. Es ist viel zu sehr aus dem allgemeinen Bewusstsein verschwunden: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist unser Rundfunk. Wir bezahlen ihn. Jeder von uns, ob er will oder nicht. Jeder Haushalt mit 18,36 Euro pro Monat. Wir müssen uns diese Art der Berichterstattung nicht gefallen lassen. Wir dürfen höhere Ansprüche an die Qualität haben.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat einen Auftrag zu erfüllen, der in Staatsverträgen gesetzlich festgeschrieben ist. Er hat den Auftrag, die Meinungsvielfalt widerzugeben, er hat einen Bildungsauftrag, eine Informationspflicht. Daran müssen wir ihn messen, das müssen wir einfordern.

Dazu gehört auch: Gute, freie, unabhängige Berichterstat-



...tung gibt es nur unter guten Arbeitsbedingungen. Wo Journalisten überwiegend prekär sind, sind sie nicht unabhängig. Weil wir hier in einer Konferenz von Gewerkschaftern sitzen, möchte ich appellieren: Unterstützt auch die Arbeitskämpfe der Kollegen, insbesondere der Freien, in den Medien, derzeit etwa beim RBB.

Und schließlich viertens: Wie geht es weiter nach dem 25. Februar? Wir sollten den Impuls, den die Kundgebung gesetzt hat, nutzen für die Bildung vieler dezentraler Gruppen.

Zugleich müssen wir uns vernetzen und gemeinsam auf eine weitere große zentrale Aktion orientieren. Das gehört zusammen: Wir hätten am 25. Februar noch mehr Leute aus ganz Deutschland dabeigehabt, wenn es mehr lokale Gruppen gegeben hätte, die die Anfahrt nach Berlin hätten organisieren können. Wir hatten über 20 Busse, aber noch viel mehr Anfragen von Menschen aus ganz Deutschland, die gerne gekommen wären, wenn aus ihrer Stadt ein Bus gefahren wäre.

Was den Termin einer weiteren Großveranstaltung betrifft, müssen wir flexibel sein. Das hängt am Verlauf der weiteren Debatte, etwa über die Lieferung von Kampfjets. Wenn das akut wird, müssen wir spontan reagieren.

Eines ist mir ganz wichtig: Was jetzt in Bewegung kommt, ist in dem Sinne „neu“, als viele neue Menschen und hoffentlich auch neue lokale Gruppen zur Friedensbewegung dazustoßen. Aber: Selbstverständlich baut das alles auf der Vorarbeit der bisherigen Friedensbewegung, in Berlin: der Friedenskoordination (Friko). Insofern würde ich auch nicht unbedingt von einer „neuen“ Friedensbewegung sprechen, sondern auch von einer „wiedererstarkten“.

In diesem Sinne sollten wir jetzt alles dafür tun, die Ostermärsche der Friedensbewegung zu unterstützen. Damit viele Menschen, viel mehr als in den letzten Jahren, teilnehmen, damit es machtvolle Friedensdemonstrationen werden. Das ist die nächste Etappe nach dieser wichtigen Konferenz heute. Dass die Ostermärsche nach der erfolgreichen Kundgebung vom letzten Samstag schwächeln – diesen Gefallen dürfen wir unseren Gegnern nicht tun!

Zur Diskussion: Aus dem Gesundheitswesen

**Flugblatt des Politischen Arbeitskreises Gesundheit Berlin (Februar 2023)
Auf der Rückseite war die Einladung für den 4. März abgedruckt.**

Weit über 100 Milliarden für die Kriegaufrüstung - Aber: Notstand der Gesundheitsversorgung, vor allem für Kinder, Senior*innen und bei der Arzneimittelversorgung

Die Regierung Scholz steckt Milliarden und Abermilliarden in die Aufrüstung - und verweigert die bedarfsgerechte Finanzierung der Gesundheitsversorgung der Bevölkerung durch immer massivere Einsparungen, durch Sparen beim Personal und bei der Betreuung der Patient*innen. Während mittlerweile zahlreiche Medikamente fehlen, verbucht die Pharmaindustrie steigende Gewinne. Unverantwortlich!

Lauterbachs Krankenhaus „reform“ strikt umgesetzt heißt für Berlin:

3 der 7 Vivantes-Großkrankenhäuser (mehr als 1.700 Betten) sollen geschlossen werden. Nach Schätzungen von Chefärzten werden in Berlin noch 10 Krankenhäuser mit 7.500 Betten verbleiben - heute sind es 90 Einzelkliniken mit 22.500 Betten (Bericht im Tagespiegel, 1.2.2023).

Das ist der „Angriff“ auf eine verantwortungsvolle Gesundheitsversorgung für Alle!

Der Plan „Gesundheitsstadt Berlin 2030“, vorangetrieben unter Federführung von Lauterbach, bedeutet für Berlin eine Welle der „Ambulantisierungen“. Die Konsequenz sind Privatisierungen und Schließungen von Krankenhäusern, Bettenabbau und Personalabbau – ein Projekt für Profitinteressen.

Kanzler Scholz: „Zeiten des Krieges sind keine Zeiten für Forderungen“

Doch die Beschäftigten der Krankenhäuser wie Charité und von Vivantes stehen wieder im Streik. 2020/2021 haben sie in den landeseigenen Kliniken in harten Streiks Tarifverträge erkämpft: für mehr Personal und TVöD für alle. Über trickreiche Betrugereien will die Krankenhausgeschäftsführung, geduldet vom Senat, die Tarifvereinbarung annullieren.

Reallohnsicherung heißt: 10,5%, mindestens 500€ monatlich mehr

Das ist auch die Forderung der Kolleg*innen in den Krankenhäusern im laufenden Tarifkampf des öffentlichen Dienstes zur Verteidigung des Reallohns gegen die fortschreitende Verteuerung des Lebens. Einmalzahlungen, mit denen Kanzler Scholz uns vom Kampf für tarifvertraglich gesicherte Löhne und inflationssichere Tarifverträge abhalten will, lehnen wir ab. Umsetzung des Tarifabschlusses auch für die Tochterbetriebe und – endlich - deren Rückführung in die Muttergesellschaften!

Die Erfahrung der Kolleg*innen ist: Wir werden unsere Forderungen nur durchsetzen, wenn wir mit unserer Gewerkschaft kämpfen – auch mit dem Mittel des Streiks:

Nein zur weiteren Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, für mehr Personal!

Für eine qualitäts- und verantwortungsvolle Versorgung aller Patienten!

Nein zur Kaputtsparpolitik gegen die Gesundheitsversorgung!

Für die Verteidigung des Reallohns – auch in den Tochterbetrieben!

Wir akzeptieren nicht die Finanzierung für Aufrüstung und Krieg – bezahlt durch die Zerstörung der öffentlichen Daseinsvorsorge!

**Der Kampf für die Verteidigung der Krankenhäuser,
der Bildung, der Kommunen und des Reallohns
ist untrennbar verbunden mit dem Kampf für
„Stopp dem Krieg - Waffenstillstand sofort!“**



„Weit über 100 Milliarden für die Kriegsaufrüstung. Aber: Notstand der Gesundheitsversorgung“

*In einer Einladung zur Veranstaltung am 4. März hieß es: „Die Regierung Scholz steckt Milliarden und Abermilliarden in die Aufrüstung - und verweigert die bedarfsgerechte Finanzierung der Gesundheitsversorgung der Bevölkerung durch immer massivere Einsparungen, durch Sparen beim Personal und bei der Betreuung der Patient*innen.“ So bedeutet „Lauterbachs Krankenhaus„reform“ strikt umgesetzt, einen „Angriff“ auf eine verantwortungsvolle Gesundheitsversorgung für Alle!“ Die geplante Welle der*

*„Ambulantisierungen“ heißt in der „Konsequenz Privatisierungen und Schließungen von Krankenhäusern, Bettenabbau und Personalabbau – ein Projekt für Profitinteressen.“ Dazu hatten **Josephine Thyrêt**, Betriebsratsvorsitzende von Vivantes, Berlin, sowie **Charlotte Rutz-Sperling** Redebeiträge für die Veranstaltung am 4. März ausgearbeitet, die wir im Folgenden in gekürzter Fassung abdrucken. Die vollständigen Beiträge können über die Redaktionsadresse bezogen werden.*

Weniger Ökonomie, mehr Medizin? Josephine Thyrêt Betriebsratsvorsitzende Vivantes, Berlin

Weniger Ökonomie – mehr Medizin ...

... das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist das Versprechen aus dem Hause Lauterbach zur Krankenhausreform.

Unsere Kliniken stehen unter Kostendruck, das medizinische Personal ist im Dauerstress – das eine Reform dringend notwendig ist, liegt auf der Hand.

Was aber am 6. Dezember 2022 vom Bundesgesundheitsminister und der von ihm berufenen Regierungskommission als Reformkonzept vorgestellt wurde, war alles andere als ein schönes Nikolausgeschenk. (...)

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft hat eine Auswirkungsanalyse vorgelegt. *)

Angedacht ist eine Zuordnung aller Kliniken in 3 Level. Grundversorger mit einer medizinischen und pflegerischen Basisversorgung und ambulanten Angeboten in Level 1, Regel- und Schwerpunktversorgung in Level 2 und die Maximalversorgung in Level 3.

Unter dieser unterschiedlichen Leistungszuordnung würden zahlreiche Kliniken ihren bisherigen Auftrag zur Patient*innenversorgung verlieren, oder müssten sich massiv umgestalten.

Ein Beispiel:

Von 1.700 Kliniken würden 630 auf Level 1 gestuft oder erhielten gar keine Zuordnung, darunter viele Fachkliniken.

Auch würde es zu einer massiven Verschiebung der Patientenströme kommen!

Alleine 52 Prozent der werdenden Mütter müssten sich neue Standorte für die Geburt suchen und 56 Prozent der Patient*innen in der interventionellen Kardiologie müssten die Klinik wechseln.

Von 60 Standorten in Berlin würden, nach heutigem Planungsstand, ganze 7 Kliniken übrigbleiben. (...)

Der Deutsche Landkreistag warnt vor einem Kahlschlag auf dem Land mit negativen Folgen für die Gesundheitsversorgung. Sorge macht vor allem der Blick auf die schnelle Erreichbarkeit der Kliniken in der Fläche. (...)

Für die Kliniken in Ballungszentren sieht es nicht besser aus.

Die Berliner Gesundheitssenatorin Ulrike Gote sagt, (...) es gefährde sogar die Qualität der Gesundheitsversorgung in Berlin. (...)

Für die Berliner Vivantes könnte aus der Vorstellung der Expertenkommission gefolgert werden, dass drei der Kliniken der Vivantes, nämlich das Klinikum Kaulsdorf, das Klinikum Spandau und das Klinikum Urban geschlossen werden müssten.

Der Geschäftsführer der Vivantes, Dr. Dankert, sagte dazu, dass dies ganz sicher nicht so umgesetzt werde, da alle drei Standorte unverzichtbare Säulen der Gesundheitsversorgung in Berlin sind und dies auch in der Zukunft so sei. Vivantes verfügt durchaus in seinen Kliniken über die von der Regierungskommission geforderte Zentralisierung und Spezialisierung. Zugleich erfüllt Vivantes in Arbeitsteilung mit anderen Klinikträgern seinen wohnortnahen Versorgungsauftrag in den Kiezen.

Auch die Charité mit ihren drei Standorten wäre von der Reform negativ betroffen. So hat der Standort Benjamin-Franklin in Steglitz keine Geburtshilfe, die für Level 3 Häuser, die Maximalversorger, vorhanden sein muss.

Das Universitätsklinikum weist darauf hin, dass die Standorte aber als Ganzes gesehen werden müssen und beruft sich auch auf das Universitätsmedizingesetz. (...)

Ich frage Euch:

Wo finden sich bei diesen Überlegungen die Interessen der Patientinnen und Patienten?

Sollte das Kernstück einer Krankenhausreform nicht das Wohl derer sein, die sich zur Behandlung in eine Klinik begeben?

Was heißt es, wenn Patient*innen im ländlichen Raum dann längere Fahrten in Kauf nehmen müssen um die Klinik zu erreichen?

Was heißt das für die Angehörigen, die zu Besuch kommen? Und machen wir uns nichts vor: mit diesen Besuchen auch häufig die Pflege unterstützen.

Wir wissen, dass gerade die Besuche und die Zuwendung von Bezugspersonen während eines Aufenthaltes im Krankenhaus eine wichtige Stütze sind. (...)

Auch die von der Reform geforderte Ambulantisierung muss kritisch betrachtet werden. So sollen künftig weniger Betten vorgehalten und mehr Fälle ambulant behandelt werden.

Dies wird uns als Chance verkauft, die Pflege zu entlasten. Schließlich würden in ambulanten Zentren die Nachtdienste wegfallen und so mehr Personal für Tagesdienste zur Verfügung stehen.

Inwiefern hier die monetären Interessen - Einsparung von Personal, Wegfall von Zulagen für Nachtarbeit – über dem Interesse an einer guten Patient*innenversorgung und einer guten Personalpolitik stehen kann man sich fragen.

Wir würden in eine potenzielle Neue Markt- und Wettbewerbssituation gehen, auf welche etliche Investoren nur noch warten.

Auch wäre dies angeblich eine Möglichkeit, dem Fachkräftemangel zu begegnen.

Alleine eine Umschichtung des vorhandenen Personals, um etwaige Lücken zu schließen, wird jedoch die Situation der Pflegenden und die Attraktivität der medizinischen Berufe nicht verbessern.

Im Übrigen kann davon ausgegangen werden, dass die schnelle „Durchschleusung“ von Patient*innen in ambulanten Zentren einen erhöhten administrativen Aufwand mit sich bringen wird. (...)

Wenden wir uns nochmal dem Eingangsstatement von Herrn Lauterbach zu: Weniger Ökonomie – mehr Medizin.

Weniger Ökonomie wird nicht funktionieren!

Wir benötigen eine andere Ökonomie! Krankenhäuser dürfen schlichtweg nicht als Wirtschaftsunternehmen gesehen werden und die Gelder müssen anders generiert werden. Insgesamt muss aber mehr Geld in das System fließen..

Mehr Medizin - ja!

Aber bitte eine bedarfsgerechte am Wohle der Patient*innen orientierte Medizin.

Der Sozialverband VdK fordert eine vollständige Abkehr von der Gewinnorientierung und den sogenannten Fallpauschalen im Vergütungssystem.

Das System der Fallpauschalen zwingt viele Kliniken dazu, mit wenig Personal möglichst schnell möglichst viele Patient*innen zu behandeln.

Warum wurde das DRG-System von den Reformwilligen nicht angefasst?

Eine Pauschale für eine bestimmte Behandlung kann nicht sinnvoll sein. Ein junger, gesunder Mensch wird nach einer OP in der Regel deutlich weniger Nachsorge benötigen als ein betagter Mensch, mit diversen Grunderkrankungen.

Die Bevorzugung von zu behandelnden Patient*innen, die

hier aus monetären Gründen entstehen kann, stellt eine Diskriminierung dar.

Zwar sollen nach der Reform nur noch 60 Prozent der Kosten über die Fallpauschalen und 40 Prozent über Vorhaltepauschalen für Personal und Geräte abgerechnet werden, aber das wird die Lage nicht signifikant ändern.

Der Mensch muss im Mittelpunkt aller Behandlungen im Krankenhaus stehen.

Und gerne nicht nur der Mensch, der in den Kliniken behandelt wird, sondern auch der, der darin arbeitet.

Wenn wir laut Prognose in den nächsten Jahren rund 20 Prozent mehr Pflegebedürftige haben und gleichzeitig aber 20 Prozent weniger Pflegekräfte, dann stehen wir unmittelbar vor dem Kollaps. (...)

Schaffen wir eine Reform, die wieder mehr Zeit und Fürsorge für Patient*innen schafft, weniger Bürokratisierung und mehr Unterstützung für das medizinische Personal.

Die Abschaffung des DRG Systems, die Umwidmung des Gesundheitswesens in eine von der Marktwirtschaft unabhängige Organisation, eine menschenwürdige Versorgung und gute Arbeitsbedingungen...müssen die Forderungen sein.

Ein Land, welches sich weigert, sich um seine Kinder, seine Alten und Kranken zu kümmern, steht am sozialen Abgrund.

Die Auswirkungen dieses Verlustes der Sozialstaatlichkeit sind nichts, was wir weiterhin als futuristisches Theorem vor uns hertragen können. Sie sind schon lange deutlich sichtbar und zeigen ihre irre Fratze als Angriff auf die Grundrechte unserer Bevölkerung.

*) *Anmerkung:* Sie wurde durchgeführt vom Forschungsinstitut Istitute for Health Care Business (hcb) in Kooperation mit Vebeto.

Die Kriegspolitik der Regierung Scholz wird begleitet von einer Kriegserklärung an das öffentliche Gesundheitswesen

Charlotte Rutz-Sperling

ver.di Vertrauensfrau, Berlin

Mit den 100-Milliarden-Flutungen für die Finanzierung der Kriegskosten verschärft die Ampel-Regierung die Kaputtspartpolitik auch gegen die Krankenhäuser.

Ob es das Programm „Gesundheitsstadt Berlin 2030“ ist, das vom Berliner Senat vorangetrieben wird, ob es Lauterbachs Pläne sind, sie sind eine Einheit. Es geht immer um weitere Schließungen von in die Insolvenz getriebenen Krankenhäusern, vor allem die in kommunaler Hand wie es z.B. beim Vivantes Wenckebach-Klinikum passiert. Private sollen nicht abgebaut werden!

Und es geht um den Ausbau der Ambulantisierung, was Privatisierung in großem Maßstab bedeutet. Der Ausbau ambulanter Strukturen bleibt nicht in öffentlicher Hand, sondern wird als investorengeführte Gesundheitseinrichtung dem Kapitalmarkt überlassen, den „Heuschrecken“.

Diese Gesundheitsreform geht völlig in die falsche Richtung, sie richtet sich gegen ein öffentliches Gesundheitswesen!

Und es folgt dieser Angriff auf die Tarifautonomie im laufenden Tarifkampf um den TVöD:

Ein Notlagentarifvertrag, den Innenministerin Faeser den Krankenhausträgern anbietet, deren Häuser in rote Zahlen getrieben wurden, erzwingt Lohnsenkungen um bis zu 6%! Damit wird auch gleich noch der Flächentarifvertrag TVöD zerschlagen.

Was treibt die Regierung da?

Sie organisiert das Chaos in den Krankenhäusern samt der ambulanten Versorgung und greift gleich auch noch mit dem Notlagentarifvertrag, eine politische Entscheidung, in die Tarifautonomie ein.

Auch das verlangt wohl der Krieg, dessen Aufrüstung das Volk finanzieren soll.

Das Volk wird das nicht mit sich machen lassen. Umso wichtiger ist es, dass dieser Tarifkampf um den TVöD für eine Reallohnabsicherung besonders in den niedrigen Lohngruppen gut zu Ende geführt wird, es geht um ihre Existenz.

Weitere Beiträge zur Diskussion auf der Webseite des Politischen Arbeitskreises für unabhängige Arbeitnehmerpolitik Berlin:

www.arbeitnehmerpolitik.de

Zur Diskussion: Zu den Tarifikämpfen

Flugblatt des Politischen Arbeitskreises für unabhängige Arbeitnehmerpolitik Berlin (Februar 2023). Auf der Rückseite war die Einladung für den 4. März abgedruckt.

Beschäftigte im Öffentlichen Dienst mit ihrer Gewerkschaft ver.di:

**Wir brauchen 10,5 Prozent mehr Gehalt, mindestens 500 Euro
Postler*innen: 15 % - „und können das auch durchsetzen!“ (ver.di)**



Für die Verteidigung des Reallohns plus!

„Inflationstreiber sind der Krieg, die Sanktionen und die Preistreiber markt-mächtiger Unternehmen,“ schreibt ver.di in seinen wirtschaftspolitischen Informationen vom Oktober 2022.

100 Milliarden für Kriegsausrüstung reichen nicht (Kriegsminister Pistorius), die Wehrbeauftragte des Bundestags, Högl (SPD), fordert 300 Milliarden Euro. Über 350 Milliarden Subventionen sollen an die Konzerne fließen zur „Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft“. Rüstungs- und Energieunternehmen verbuchen Rekordprofite.

Bezahlt wird mit einer Politik weiterer sozialer Grausamkeiten - mit immer schärferer Kaputtsparpolitik gegen den Öffentlichen Dienst, Krankenhäuser, Schulen und Kommunen...

Für fast alle Beschäftigten, Angestellte, Beamte und auch Pensionäre stellt sich die Frage, wie sie angesichts der hohen Energiekosten, stark gestiegenen Lebensmittelpreisen und Mieten über die Runden kommen sollen. Im November 2022 stieg die Teuerung sogar auf 10 %. *Der Reallohnverlust erreichte im Jahr 2022 historisch hohe 4,7%.*

Die Beschäftigten bei der Post sind sehr unterdurchschnittlich bezahlt, *viele* im befristeten Arbeitsverhältnis. Der Weltkonzern Post erwartet für 2022 einen Rekordgewinn von 8,4 Milliarden Euro für die Anteilseigner – die Bilanz lohnender **Überausbeutung**.

„Was Gerechtigkeit angeht, ist die Ampel blind“, so ver.di Chef Frank Werneke

Mit staatlichen und aus der Arbeitersozialkasse geförderten Einmalzahlung, - d.h., ein Almosen-Bonus statt tariflich gesicherte Lohnerhöhung, will Scholz erneut Lohnforderungen und vor allem das Tariflohnergebnis drücken. Mehr als 325.000 Mitglieder von ver.di haben sich an der ver.di-Umfrage zur Unterstützung der Forderung 10,5 % und 500 Euro monatlich mindestens beteiligt. *Streikwelle bei der Post: mehrere 10.000e sind dem Aufruf von ver.di zu den Warnstreiks gefolgt!*

Die Kampfbereitschaft ist da – die Kolleg*innen setzen damit ein Zeichen für alle Kolleg*innen

für die Verteidigung unserer Kaufkraft, unserer Lebensexistenz, für die Befreiung aus Armutslöhnen, gegen die Massenverarmung und soziale Not

Für tarifvertraglich vereinbarte inflationssichere Reallöhne plus!

Streiks und Demos in vielen Ländern Europas: Gegen den Krieg - gegen den sozialen Krieg gegen das Volk!

Frankreich 28. 1.: 2,8 Millionen gegen die „brutale“ Rentenreform im Streik und auf der Straße: „Milliarden für unsere Renten, für den öffentlichen Dienst, für unser Leben, für den Frieden - Nein zu den Milliarden für den Krieg!“

Massenstreiks in Großbritannien: „Der Kampf ist eng verbunden mit dem Kampf gegen die Regierungen, die einen sozialen Krieg führen, um die Arbeitnehmer die ganze Last der kriegerischen Eskalation tragen zu lassen“ (Gewerkschafter auf der Konferenz „Stop the War“ **Millionen Beschäftigte streiken für mehr Lohn, bessere Arbeitsbedingungen, und für das Streikrecht.** „Wenn Sie eine Kampagne zur Erhöhung der Militärausgaben führen, führen sie eine Kampagne gegen die Ausgaben für Bildung, Gesundheit oder Industrie, die Sozialversicherung oder für die Industrie.“ (Andrew Murray, Gewerkschafter Unite, Vizepräsident der Koalition „Stop the War“).

Grußadressen aus europäischen Ländern

In zahlreichen Grußadressen, die wir erhalten haben, wird auf den internationalen Aufruf „**Stopp dem Krieg**“ Bezug genommen.

Diesen Aufruf haben inzwischen über 1.500 gewerkschaftlich und politisch engagierten Menschen und Persönlichkeiten des öffentlichen und kulturellen Lebens in 17 europäischen Ländern und 18 weiteren Ländern verschiedener Kontinente unterzeichnet.

Der Aufruf ist in deutscher Sprache [hier](#) zu finden.

<https://arbeiterpolitik.wordpress.com/2022/12/15/europaischer-aufruf-stopp-dem-krieg/>

FRANKREICH

Grußadresse einer Konferenz von 200 Unterzeichner*innen des Aufrufs „Stopp dem Krieg“ in Paris

Wir, die Unterzeichner*innen des Aufrufs „**Stopp dem Krieg**“, die sich auf einer Konferenz am 25. Februar 2023 in Paris mit 200 Teilnehmer*innen versammelt haben, grüßen sehr herzlich eure Veranstaltung.

Euer Kampf ist auch unser Kampf.

In Frankreich führt die Regierung den sozialen Krieg gegen das Volk, mit dem Vorhaben für eine Rentenreform, die alle Arbeitnehmer*innen zu zwei Jahren Mehrarbeit zwingen soll.

Und es ist dieselbe Regierung, die sich an der kriegerischen Eskalation des Krieges beteiligt. Beschlossen wurde ein Militärhaushalt von 413 Milliarden € über 6 Jahre (d.h. zusätzlich 100 Mrd. €) und die Entsendung französischer Soldaten auf NATO-Stützpunkte in Rumänien oder in den baltischen Staaten.

Wir führen alle den Kampf für die Blockade des Vorhabens einer Rentenreform, und damit für das Scheitern von Macron. Wir bereiten mit allen unseren Gewerkschaften den Streik ab dem 7. März vor, um die Rücknahme dieser Macron-Reform zu erzwingen.

Wir lehnen die Aufrufe der Regierung und in den Medien ab, uns auf die Seite Macrons zu stellen, uns hinter ihm zu versammeln, für immer mehr Krieg mit immer mehr Toten.

FRANKREICH

Grußbotschaft von Jérôme Legavre

Mitglied der POI und Abgeordneter der LFI für Seine-Saint-Denis (Region Paris)

Guten Tag Euch allen,
ich begrüße sehr die Beratungen eurer Konferenz und wünsche Euch einen vollen Erfolg.

Mit meiner Fraktion musste ich vor einiger Zeit im französischen Parlament über einen Resolutionsantrag zum Krieg in der Ukraine diskutieren, der von den Abgeordneten der Regierungsmehrheit eingebracht worden war.

Dieser Antrag enthielt 3 Punkte:

Verstärkung der Sanktionen gegen Russland, deren erstes Opfer das russische Volk ist,

weitere Waffenlieferungen an Selenskyjs Regime,

Stärkung von Frankreichs Rolle in der NATO.

Die Parlamentsfraktion der LFI, in der ich Mitglied bin, hat die Zustimmung zu dieser Resolution verweigert und sich der Stimme enthalten.

Ich persönlich habe mich zu einem NEIN entschlossen, weil ich die ganze Politik der französischen Regierung ablehne,

Ein englischer Gewerkschafter hat es so zusammenfasst: „Krieg bedeutet, dass die Arbeiter und Gewerkschafter umgebracht werden“.

Wir fordern einen sofortigen Waffenstillstand. Rückzug von Putins Truppen aus der Ukraine.

Abzug der NATO-Truppen.

Keine Waffenlieferungen.

Milliarden für die Schulen und Krankenhäuser, statt für den Krieg.

Vollständige Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Freiheiten in Russland, Weißrussland und der Ukraine. Freilassung der politischen Gefangenen.

Wir möchten regelmäßige Beziehungen mit euch aufnehmen, für unseren gemeinsamen Kampf gegen den von unseren Regierungen angefachten Krieg und sozialen Krieg.



und könnte das auch gegen die deutsche, britische, US-Regierung und die NATO sagen.

Seit der Invasion der russischen Truppen in die Ukraine vor einem Jahr findet ein blutiges Gemetzel statt, es gab auf beiden Seiten 150.000 Tote. Das ist Barbarei. Die Lage ist absolut entsetzlich.

Überall wird seitens der Regierungen und Medien verbreitet, und besonders auch in Frankreich, dass es keine andere Lösung gebe als die Fortsetzung des Krieges, v.a. mit Waffenlieferungen.

Natürlich verurteile ich voll und ganz die russische Invasion und gehöre zu all denen, die den sofortigen Rückzug der russischen Truppen aus der Ukraine fordern.

Doch angesichts dieser Propaganda, die uns weismachen will, dass zur Unterstützung des Friedens und der Demokratie keine anderen Lösungen bleiben, als sich hinter die NATO zu stellen und immer mehr Waffen zu liefern, kann man sich vor

allem die Frage nach der Rolle der NATO stellen.

Was ist die NATO? Die NATO hat 2001 und 2021 Afghanistan besetzt, mit dem bekannten Ergebnis.

Die NATO ist der bewaffnete Arm der USA. Die USA haben besonders den Krieg in Irak geführt, aber man könnte noch weitere Beispiele aufzählen. In Irak sind die USA direkt verantwortlich für die Lage im Lande, sie haben Irak ins Chaos und in Blutbäder gestürzt. Und damals wurden uns genauso die gleichen Märchen erzählt, dass es keine andere Lösung für die Demokratie gebe als die Invasion in Irak.

Deshalb überzeugt mich nicht das heutige Gerede, dass es keine anderen Lösungen gebe als Waffenlieferungen und die Maschine anzutreiben, die in die Katastrophe führt, also die Eskalation des Krieges zu fördern. Persönlich bin ich zutiefst davon überzeugt, dass es keine Lösung für die Völker gibt, wenn sie sich den Herrschenden, die sie unterdrücken, den Kriegstreibern unterwerfen.

In Frankreich schießen die Profite der multinationalen Rüstungskonzerne in die Höhe. Ich bin äußerst besorgt und habe den Ausdruck „Eskalation des Krieges“ benutzt.

Wir erleben eine wahre Eskalation des Krieges, und diese Situation kann nur zum Schlimmsten, zum Chaos, führen, dessen erste Opfer immer die Arbeiter und Völker sind.

Die Regierung Macron hat beschlossen, 413 Milliarden € in



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wir grüßen Euch im Namen des Koordinationskomitees für ein Bündnis der Arbeiter und Völker Spaniens. Wir warten gespannt auf Euer Treffen in Berlin am 4. März, gegen den Krieg, für den Frieden. Schon bevor er anfing, wussten wir, dass dieser Krieg ein Krieg gegen die Völker ist, gegen die Bevölkerung der Ukraine, Russlands und alle Völker Europas. Deswegen dürfen wir uns nicht von der Propaganda der einen oder der anderen Seite mitreißen lassen.



Hallo, ich bin Jorgi Salvador, Abgeordneter im spanischen Kongress, Vertreter der parlamentarischen Fraktion Esquerra republicana (Republikanische Linke Kataloniens).

Mit diesem Video möchte ich mich erstens bedanken für alle Eure Kämpfe für den Frieden und die Interessen der Arbeiterklasse und zweitens unsere Solidarität erklären.

Es ist klar, dass wir es mit einem imperialistischen Krieg zu tun haben. Und wie in allen Kriegen gibt es hier Gewinner, immer Oligarchen, seien es russische, ukrainische, westliche, oder von wo auch immer – und es gibt Verlierer, das heißt die Arbeiterklasse, die die Toten stellt, mit Armut bezahlt, mit Elend.

den Rüstungshaushalt zu stecken. Und gleichzeitig taumeln die Krankenhäuser in den Zusammenbruch, das öffentliche Bildungswesen wird ruiniert, die Regierung drängt auf eine Rentenreform, um die größte soziale Errungenschaft unseres Landes zu liquidieren: die Rentensysteme und das soziale Sicherungssystem.

Macron will die Wirtschaft unseres Landes umpolen zu einer Kriegswirtschaft, und wir wissen, was das heißt: Alle Bereiche sollen den militärischen Anforderungen unterworfen werden, und entsprechend müssen alle Einzelhaushalte diesen Anforderungen Opfer bringen.

Ich lehne das ab, weil die Geschichte uns gelehrt hat, wohin das führt. Das schlimme Ende muss verhindert werden. Deshalb kämpfe ich gemeinsam mit anderen Kolleg*innen verschiedener Strömungen in Frankreich für die Forderungen:

Stopp dem Krieg, Ja zum dringend notwendigen Waffenstillstand!

Keine Unterstützung für die Führungen, die an einer Fortsetzung des Krieges interessiert sind.

Weder Putin noch die NATO – Waffenstillstand sofort!

Ich wünsche den Beratungen eurer Konferenz vollen Erfolg, weil sie zur Sammlung all jener beiträgt, die diese Eskalation des Krieges ablehnen und die Spirale der Zerstörung stoppen wollen. Sie und wir alle werden den Ausweg finden.

SPANIEN

Videobotschaft von Roberto Tornamira Koordinationskomitees für ein Bündnis der Arbeiter und Völker Spaniens (CAPT)

Wir verurteilen die Verwendung des Krieges, ohne Rücksichtnahme auf Menschenleben, von Seiten der westlichen Konzerne, der Energie- und Treibstoffproduzenten, der Waffenindustrie, der Finanz. Auch die russischen Oligarchen schlagen aus diesem Krieg Profit. Deswegen sind wir gespannt auf Eure Diskussionen und Beschlüsse, denn das deutsche Volk nimmt in dieser Situation einen wichtigen Platz ein.

Viele Grüße und gutes Gelingen Eurem Treffen!

SPANIEN

Videobotschaft von Jorgi Salvador Duch Abgeordneter im spanischen Kongress

Am meisten betroffen ist natürlich die Bevölkerung der Ukraine, und die eines Teils Russlands. Die Familien müssen ihre Kinder in den Krieg schicken, um für Interessen zu kämpfen, die nicht die ihren sind.

Aber dieser Krieg betrifft nicht nur die Ukraine, er betrifft uns alle. Auch hier in Katalonien, natürlich, im spanischen Staat, und daher denken wir, dass der Kampf ein gemeinsamer sein muss. Deshalb schließen wir uns diesem Manifest an und werden versuchen, mit aller Kraft für einen sofortigen Waffenstillstand und eine friedliche und vorteilhafte Lösung für Euch alle und für uns zu kämpfen.

Herzlichen Dank.

ITALIEN

Grußadresse von José Nivo

Sprecher des autonomen Hafenarbeiterkollektivs von Genua (CALP)



Wir grüßen alle Kolleginnen und Kollegen; vielen Dank, dass Ihr uns die Gelegenheit gegeben habt, an Eurer Initiative teilzuhaben.

Ich heiße José Nivo und bin Sprecher des CALP und Dockergewerkschafter der Unione Sindacale di Base (Basisgewerkschaft) in Italien.

Die Situation in den italienischen Häfen ist in den letzten vier Jahren immer schwieriger für den Waffenhandel geworden.

Denn wir haben den Kampf dagegen um 2014 aufgenommen. Ab 2019 hat eine Reihe von Blockaden derjenigen Schiffe begonnen, die Waffen an die verschiedenen Kriegsschauplätze transportieren.

Besonders konzentriert haben wir uns auf Waffenladungen im Genuaer Hafen für Saudi-Arabien über den Hafen Jeddah, d.h. Waffen, die gegen das Volk im Jemen eingesetzt werden; oder auf Waffenladungen über den türkischen Hafen Scherder, die gegen die Bevölkerung in Nordsyrien eingesetzt werden.

Wir haben außerdem gemeinsam mit den Dockern von Livorno und Neapel direkte Waffenlieferungen aus Israel im Mai 2021 blockiert.

In diesem Jahr haben wir beschlossen, einen nationalen Aufruf auch mit etwas internationaler Bedeutung zu verbreiten, um die Aufmerksamkeit auf die heutigen Probleme zu lenken in einem Staat, der einer Logik des Krieges folgt wie Italien als NATO-Mitglied oder alle anderen Länder wie Deutschland, ebenfalls NATO-Mitglieder.

Wir sagen das, weil durch den Krieg in der Ukraine die Haushaltsmittel für dessen Finanzierung aus dem öffentlichen Bildungs- und Gesundheitswesen umgeschichtet werden, und es sind Gelder, die den Arbeitnehmer*innen entzogen werden.

Um so mehr müssen deshalb die Kolleg*innen eine zentrale Rolle in den Kämpfen spielen, mit denen versucht wird, die Kriege zu stoppen. Wir versuchen eine breite Bewegung gegen den Krieg zu mobilisieren.

Außerdem wird über den Faktor der Ethik, Moral und Politik hinaus ein Gesetz Nr. 185 von 1990 gebrochen, das faktisch den Transit von Waffen in diejenigen Länder verbietet, deren Endzweck der Kriegseinsatz ist.

Was bedeutet das also in dieser Logik? Es bedeutet, wenn wirtschaftliche Interessen mit den Rüstungsfirmen verbunden sind, tun sie so, als ob ihr eigenes Gesetz nicht für den Staat

gilt, und umgehen es dann.

Wir haben uns also gleichzeitig im Kampf gegen die Waffenhändler engagiert, und Forderungen gestellt, eben weil wir uns nicht in den Mechanismus des Rüstungssystems integrieren wollen. Als einzige Antwort reagierte der Staat mit Repression und diffamierte die Gruppe der Arbeiter, zu der ich gehöre, als kriminelle Vereinigung.

Weil wir tatsächlich die Waffenlieferungen blockiert haben, klagt uns der italienische Staat an als Verbrecherbande, die den Warenhandel angegriffen habe.

„Angriff auf den Warenhandel“ bedeutet in Italien, wenn man Waren des Grundbedarfs wie Mehl, Milch oder pharmazeutische Mittel blockiert.

Im vorliegenden Fall setzen sie „Angriff auf den Warenhandel“ gleich mit Waffenhandel und vergleichen diese sogar mit Waren des Grundbedarfs!

Wir befinden uns also in einer wahrhaft surrealistischen Situation, in der es uns trotzdem gelungen ist, eine echt starke Antwort zu geben.

Die erste Antwort, die wir am 25. Februar 2023 geben konnten, also letztes Wochenende, war eine Demonstration, bei der zum ersten Mal in der Geschichte der italienischen Häfen nicht nur die Docker in den Hafen von Genua marschierten, sondern auch Aktivist*innen, Kolleg*innen anderer Gewerkschaften teilnahmen, um klarzumachen, dass die Häfen oder auf jeden Fall das Land Italien aus dem Krieg ausscheiden und alles tun müssen für eine echte diplomatische Lösung des aktuellen Problems in der Ukraine.

Denn die Folgen der bisherigen politischen Entscheidungen unserer Regierungen führen zu einer Spirale der Eskalation, und bei dieser Eskalation sind wir, Arbeiter*innen, aber auch die Bürger*innen, die Verlierer.

So sieht heute also die Situation in den Häfen aus.

Ich grüße Euch alle herzlich und hoffe, dass wir uns so bald wie möglich persönlich treffen können, um diese antimilitaristische und pazifistische Richtung auch in ganz Europa zu verbreiten.

Viele Grüße an alle. Ich danke euch.



PORTUGAL

Grußadresse von Unterzeichner*innen des Aufrufs „Stopp dem Krieg“

Eine Gruppe portugiesischer Unterzeichner*innen des internationalen Aufrufs für „Stopp dem Krieg“, der bereits in 34 Ländern unterzeichnet wurde, und die sich am 18. Februar in Lissabon getroffen hat, wurde darüber informiert, dass am 4. März in Berlin eine Konferenz stattfinden wird, an der kämpferische Arbeiter*innen und Gewerkschafter*innen teilnehmen werden, die den Kampf gegen den militärischen Krieg mit dem Kampf gegen den sozialen Krieg verbinden.

Die Gruppe begrüßt diese Initiative und vertritt die Auffassung, dass die Konferenz ein weiteres entscheidendes Glied im Aufbau des internationalen Widerstands sein könnte, um ein Ende des Krieges in der Ukraine zu erzwingen.



GRIECHENLAND

Grußadresse der NAR (Neue Linke Strömung)

Wir senden eine starke Solidaritätsbotschaft an alle Menschen, die unter dem Krieg leiden. Wir senden eine Botschaft an alle Menschen auf dieser Welt, sich zu erheben und für Frieden, Freundschaft und Solidarität zu protestieren.

Griechenland trauert um die Eisenbahntragödie in Larissa mit Dutzenden von Toten. Dies ist eine Tragödie, die sich angekündigt hatte, ein vorsätzliches Verbrechen der Regierung der Neuen Demokratie und der vorherigen SYRIZA-Regierung, die Griechenland der Privatisierung und Deregulierung ausgeliefert hat, ein zentrales Ziel des von EU/IWF diktierten Memorandums.

Die dramatischen und wiederholten Warnungen der Beschäftigten über den gefährlichen Mangel an Personal und grundlegender Infrastruktur des Eisenbahnnetzes wurden mit Gleichgültigkeit aufgenommen und lächerlich gemacht. Stattdessen setzten die Verantwortlichen die Entlassungen in einem Land fort, in dem Milliarden für Kriegsflugzeuge und Fregatten ausgegeben werden.

Die Spannungen mit der Türkei (die von einer noch größeren Erdbebentragödie heimgesucht wurde) lieferten die Rechtfertigung für eine stärkere Einbindung in die NATO, während gleichzeitig die neoliberale Politik beibehalten wurde. Griechenland hat eine lange Geschichte von Interventionen der US-Streitkräfte im Land (z. B. die Militärjunta 1967-74).

In den letzten Jahren, insbesondere nach dem Beginn des Krieges in Syrien, hat sich die Verflechtung zwischen Griechenland und den Plänen der USA in der Region vertieft. Der griechische Staat stellt nicht nur eine wachsende Zahl von Häfen und Infrastrukturen für die amerikanische Armee zur Verfügung, sondern engagiert sich auch aktiv, indem er an gemeinsamen Übungen teilnimmt und den zweitgrößten Anteil seines Bruttoinlandsprodukts für die Finanzierung seines Militärs und für Beiträge zur NATO aufwendet.

Die dramatischen Entwicklungen in der Ukraine und die Eskalation des Krieges in Europa haben einen entscheidenden Einfluss auf das Leben der Arbeiter. Der Krieg in der Ukraine und die imperialistische Gegnerschaft sind eine Auswirkung der kapitalistischen Krise, die vom kapitalistischen System nicht vollständig gelöst wurde. Die Konkurrenz des Kapitals auf allen Ebenen hat sich verschärft, was eine ständige Bedrohung durch eine Kriegskatastrophe vor die Haustür der Menschheit bringt. Aus diesen Gründen ist der Krieg in der Ukraine auf beiden Seiten ungerecht und reaktionär; er ist ein Krieg der bürgerlichen Interessen.

Die Folgen des Krieges in der Ukraine sind schon jetzt schwerwiegend für die Arbeiter und Völker, besonders in Europa. Die EU und alle ihre Mitgliedsstaaten erhöhen ihren Militärhaushalt und ihre Aufrüstung. Die NATO-USA und die EU nähern sich an, wobei die USA eine wichtigere Rolle einnehmen. Die militärische Strategie der EU führt nicht nur in der Ukraine, sondern auch in Afrika und im Nahen Osten zu einer gefährlichen Militarisierung und einem Anstieg des Nationalismus.

Die Menschen in Griechenland erheben sich jedoch gegen den wahren Feind: gegen das System, das Kriege produziert, den Kapitalismus. Die Antikriegsbewegung unterstützt keinen

imperialistischen Mörder und auch nicht die bürgerlichen Regierungen, die derzeit die Menschen und die Arbeiterklasse mit neuen Militärprogrammen in fast allen EU-Mitgliedstaaten auf den Krieg vorbereiten.

Wir senden eine Botschaft, sich zu erheben und für Frieden, Freundschaft und Solidarität zu protestieren.

Die Menschen haben die Macht, die Gesellschaft strukturell zu verändern, Krieg und Kapitalismus zu besiegen und eine neue freie und gerechte Gesellschaft aufzubauen.



Auf Transparenten bei einer Demonstration am 21. Februar in Athen, anlässlich des Besuchs von US-Außenministers Blinken in Griechenland, war zu lesen: „Stopp dem Krieg des Kapitals; Kein militärisches Engagement; Weg mit den Nato-Stützpunkten; Nein zur Aufrüstung!“ Und: „Blinken ist nicht erwünscht; Geld für das Volk und nicht für Waffen; Frieden zwischen den Völkern!“

Griechenland trauert um die Eisenbahntragödie in Larissa mit Dutzenden von Toten

Nach dem Zugunglück haben in Griechenlands größten Städten wiederholt Tausende gegen die Regierung demonstriert. Sie kritisierten Misswirtschaft und Sparpolitik. „Privatisierung tötet“ stand auf Plakaten.

Das Präsidium der Veranstaltung vom 4. März schlug den Teilnehmer*innen vor, mit einer Solidaritätsadresse der NAR zu antworten, um die internationale Solidarität auszudrücken. Diese wurde unter großem Beifall per Akklamation angenommen.

Solidaritätsadresse an die NAR

»Das schwerste Zugunglück in der Geschichte Griechenlands hat viele Menschen das Leben gekostet.

Ursache dafür ist – trotz aller Warnungen der Eisenbahnergewerkschaft und der Beschäftigten – die jahrelang fortgesetzte Kaputtsparpolitik der Regierung.

Die Wut der Bevölkerung macht sich z.B. in einer Demonstration von 5.000 Studenten Luft. Die heute am 4. März auf der Konferenz: „Nein zum Krieg – Nein zum sozialen Krieg gegen das Volk“ Versammelten sprechen ihre Trauer für die Opfer aus und ihre Solidarität mit dem Widerstand gegen die Regierungspolitik.«

RUMÄNIEN

Grußadresse von Kämpfern der Arbeiterbewegung in Rumänien

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir sind aktive Kämpfer der Arbeiterbewegung in Rumänien. Vor kurzem haben wir von Eurer Initiative erfahren, diese Konferenz gegen den Krieg zu organisieren.

Ein Jahr nach dem Ausbruch des militärischen Konflikts in der Ukraine fordern die Waffen immer weiter Opfer, lassen trauernde Familien auf beiden Seiten zurück, die Waffen zerstören Häuser, Schulen, Krankenhäuser und öffentliche Einrichtungen, Betriebe und Arbeitsplätze gehen verloren. Hinzufügen muss man die Dramen von Millionen Flüchtlingen aus den umkämpften Gebieten.

Die Notwendigkeit, den Krieg zu stoppen, scheint uns heute dringender denn je zu sein. Der Krieg ist nicht nur hart für die beteiligten Armeen, sondern unter ihm leiden alle Völker Europas und der ganzen Welt. Die Völker, die nationalen Wirtschaften, der Lebensstandard und die öffentlichen Dienste sind betroffen oder in Gefahr.

Die riesigen Ausgaben für Rüstung und Militärmanöver, die Preissteigerungen für Lebensmittel (Speiseöl, Weizen), Dünger, Treibstoffe und Strom usw. belasten die Arbeiterklasse zusätzlich, die schon von der Inflation getroffen wird; aber sie sind Profitquellen für Rüstungsfirmen und Spekulanten. Für die öffentlichen Bereiche wie das Gesundheits- und Bildungswesen sowie das soziale Sicherungssystem fehlt die notwendige Finanzierung, und es gibt nicht mehr genug Geld für die Renten.

ÖSTERREICH

Grußadresse von Axel Magnus Sozialdemokrat*innen und Gewerkschafter*innen gegen Notstandspolitik

**Krieg dem Krieg! Nieder mit dem Nationalismus!
Hoch die internationale Solidarität!**

Die russische Invasion in der Ukraine ist durch nichts zu rechtfertigen und abzulehnen. Sie beschleunigt die von Jahr zu Jahr schärfer werdende Konfrontation zwischen den Großmächten massiv und lenkt von einer Vielzahl drängender Probleme ab: Wirtschaftskrise, Pandemie, Inflation, Klimakrise, Kriegen in anderen Teilen der Welt, ...

Letztlich geht es auch bei diesem Krieg um eine Neuaufteilung der Einflussphären unter den Großmächten. Unsere Solidarität gehört allen, die sich gegen den Krieg stellen, die nicht auf Seite ihrer Nation, sondern auf Seiten der Arbeiter*innenklasse stehen. Denn diese hat keine Heimat.

Ebenso wie Russland haben USA, NATO und die EU die Eskalation des Ukraine-Konflikts zu verantworten. Die arbeitenden Menschen haben hingegen kein Interesse an einem Krieg. Sie erleiden durch diesen Tod, Verletzung, Verarmung, Leid, Flucht, Elend und wollen ein schnellstmögliches Ende jedes Krieges, während einige wenige durch Krieg noch reicher werden.

Gleichzeitig stehen wir auf der Seite der arbeitenden Menschen im sog. Westen, die nach zig Milliarden für die Rettung der Profite in der Pandemie und der seit 2019 gärenden Wirtschaftskrise nun auch noch Milliarden für den Aufrüstungswahn blechen sollen.

Der militärische Konflikt in der Ukraine ist kein gewöhnlicher, sondern ein imperialistischer Krieg zwischen der NATO und Russland mit Beteiligung der Europäischen Union. Er zieht immer weitere Kreise, was zum Ende der Zivilisation führen kann.

Wir halten es für die Aufgabe der Arbeiterbewegung, der Völker der ganzen Welt, die Eskalation dieses Konflikts zu stoppen, diesen Marsch in die Barbarei.

In der Tradition des Kampfes der Arbeiterbewegung gegen Militarismus und Imperialismus, in der Kontinuität der Aktionen in Europa im letzten Jahr – der Videokonferenz am 9. April, der Konferenz in Madrid, des Aufrufes „Stopp dem Krieg!“ – ist es notwendig, diese Kampagne so schnell und konkret wie möglich auszuweiten.

**Wir wünschen Eurer Konferenz viel Erfolg!
Stopp dem Krieg!**

Marian Tudor, Vorsitzender der Vereinigung für die Befreiung der Arbeiter

Mugurel Popescu, Vorsitzender des Gewerkschaftsbundes Hermès

Rareş Constantinescu, Delegierter zur Europäischen Versammlung gegen den Nato-Gipfel in Madrid am 25. Juni 2022



- Sofortige Freilassung aller Kriegsgegner*innen und Straffreiheit für sie und alle, die den Kriegsdienst verweigern oder desertieren! Asyl für Kriegsdienstverweigerer*innen!
- Unterstützung des Aufbaus unabhängiger Gewerkschaften in Russland und in der Ukraine! Wiedenzulassung der verbotenen Parteien Arbeiter*innenbewegung, Rückgabe ihres Eigentums an die Gewerkschaften und Aufhebung des aktuellen Kriegsarbeitsrechts und des Verbots von Kollektivverträgen in der Ukraine!
- Sofortige bedingungslose Auflösung der NATO!
- Kriegstreiberei, Aufrüstung und Waffentransporte mit den Methoden des Arbeitskampfes stoppen wie z.B. die Kolleg*innen in Italien, Belarus und Griechenland: Boykott jeglicher Rüstungs- und Truppentransporte! Straffreiheit für alle, die Rüstungstransporte be- oder verhindern!
- Zerschlagung der Rüstungsindustrie und entschädigungslose Enteignung aller Kriegstreiber*innen! Keine Aufrüstung und milliardenschwere Erhöhung des Rüstungsbudgets! Verwendung der dafür vorgesehenen Mittel für echte Sicherheit: Gesundheit, Soziales, Bildung und Daseinsvorsorge!
- Kampf dem Nationalismus!
- Unterstützung der Friedensbewegung in allen kriegsführenden Ländern! Für Frieden – gegen jeden Krieg!

SCHWEIZ

Grußadresse von Unterzeichner*innen des internationalen Aufrufs „Stopp dem Krieg“

Genossinnen und Genossen!

Im Namen der Schweizer Unterzeichner des europäischen Aufrufs „Stopp dem Krieg“ bringen wir unsere Unterstützung und unsere Grüße zu eurem Treffen heute in Berlin.

Wir sind auch für einen sofortigen Waffenstillstand, weil wir vor einer ernsthaften Eskalation stehen, die zu einem dritten Weltkrieg führen könnte. Krieg und Sozialabbau sind zwei Seiten derselben Medaille. Deshalb sagen wir

„Nein zum Krieg und nein zum sozialen Krieg gegen das Volk“

Lindner, Ihr Finanzminister hat deutlich gemacht, wer auf dem Altar des imperialistischen Krieges geopfert wird:

"Die Zinslast der Bundesregierung steigt seit 2021 von 4 auf fast 40 Milliarden Euro. Das ist Geld, das uns in Zukunft an anderer Stelle fehlen wird - für Bildung, Digitalisierung, Investitionen in den Klimaschutz. Es ist daher ökonomisch sinnvoll, sich an die Schuldenbremse zu halten."

Die Rechnung für den Krieg müssen also die Werktätigen, die Jungen und die Rentner bezahlen!

Insbesondere sagen wir auch nein zu Waffenlieferungen und nein zu einer Eskalation des Krieges, die noch mehr Soldaten und Zivilisten töten, Städte und Dörfer zerstören und ihre Bewohner zur Flucht zwingen wird.

In der Schweiz wird diese Frage derzeit im Parlament diskutiert und spaltet alle Parteien. Am 24. Februar haben wir uns an die Parlamentarier gewandt und sie aufgefordert, die

Lieferung von Schweizer Waffen, die sich im Besitz anderer Länder (darunter Deutschland) befinden, zu verweigern. Die Schweizer Gesetzgebung, die geändert werden soll, verbietet die Ausfuhr von Militärmaterial in Länder, in denen Krieg herrscht. Wir wandten uns auch an Außenminister Ignazio Cassis und forderten, dass die Schweiz ihre guten Dienste für Friedensverhandlungen anbietet.

Die Stellung des deutschen Volkes, der Kampf der Arbeiterklasse in Deutschland gegen Krieg und Ausbeutung, scheint uns im kontinentalen Kampf gegen dem Krieg entscheidend zu sein. Deshalb richten wir in unserer Botschaft auch den Vorschlag an Sie, gemeinsam ein internationales Treffen der Kräfte vorzubereiten, die gegen die Kriegstreiberi des Kapitals kämpfen, denn Krieg ist bekanntlich nur die Verfolgung derselben Politik mit anderen Mitteln.

Erhalten Sie unsere solidarischen und internationalistischen Grüße.

Sarah Dohr, Gemeinderätin von Vevey, Präsidentin der Zeitung BPLT / Gut für den Kopf

Boas Erez, Mathematiker, ehemaliger Rektor der Universität der italienischen Schweiz (USI)

Bladimir Meneses, politischer Flüchtling, Mitglied von Solidarität und Ökologie

Albert Anor, Gewerkschafter und Moderator der "Tribune Libre/ Freie Tribune"

BELGIEN

Grußadresse aus Lüttich von Unterzeichner*innen des internationalen Aufrufs „Stopp dem Krieg“

Auf Einladung des Komitees der Unterzeichner (Belgien) des internationalen Aufrufs „Stopp dem Krieg“ trafen sich am 23. Februar 2023 etwa 20 politische und gewerkschaftliche Aktivist*innen in Lüttich.

Die Kollegen Henning und Eva aus Köln erläuterten uns die Entwicklung der Kampagne gegen den Krieg und für einen Stopp von Waffenlieferungen in Deutschland.

Im Vorfeld der nationalen Friedensdemo am 26. Februar in Brüssel stellten wir fest, dass:

Der Aufruf der NGOs zu dieser Demo zu ergänzen ist durch die Benennung der Verantwortung der NATO für den Konflikt, sowie die Interventionen des belgischen Premierministers De Croo und des ehemaligen Premierministers Charles Michel (derzeit Präsident des Europäischen Rates), für eine rein militärische Lösung (militärischer Sieg der Ukraine) und explizit gegen Verhandlungen und jegliche Feuerpause. Und für immer mehr Waffen für die Ukraine, was den Konflikt auf Dauer aufrechterhält.

Krieg und Sanktionen sind die Hauptachse der Angriffe auf die Arbeitswelt in Belgien (Erpressung bei der Energie, Deindustrialisierung);

Der Widerstand der Arbeiterschaft ist mit zahlreichen Streiks vorhanden (der nächste Streik im öffentlichen Dienst ist am 10. März). Aber das Engagement der Gewerkschaftsorganisationen gegen den Krieg bleibt zaghaft und weit hinter den Notwendigkeiten der Situation zurück.

Wir werden auf der Friedensdemonstration am 26. Februar sprechen, um die Verantwortung der NATO, der belgischen Regierung und der Europäischen Union für die Aufrechterhaltung des Krieges und seiner Schrecken zu brandmarken.

Wir wünschen Eurer Konferenz am 4. März, die der Arbeiterbewegung in anderen europäischen Ländern den Weg weist, einen vollen Erfolg.

Keine Milliarden für den Krieg, sondern für die Bekämpfung des Elends!

Stopp mit den Sanktionen!

Im Namen der Versammlung auf Initiative des Komitees der Unterzeichner (Belgien) des internationalen Aufrufs „Stopp dem Krieg“

Rafael

Unterschriftensammlung

Gewerkschafter sagen: Nein zum Krieg – Nein zum sozialen Krieg gegen den Sozialstaat

„Wer soziale Gerechtigkeit will, muss den Frieden erkämpfen“

Seit einem Jahr tobt ein grausamer Krieg in der Ukraine. Weder den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine noch die krieglerische Eskalation durch die Nato, unter Führung der USA, haben die russischen, die ukrainischen, und auch nicht die deutschen Arbeitnehmer*innen entschieden. Mit den Lieferungen immer schwererer Waffen und massiver Kriegsausrüstung durch die europäischen Regierungen und die USA droht die Gefahr weiterer Eskalation, bis hin zu einem neuen Weltkrieg.

Für das 100 Milliarden Euro Aufrüstungsprogramm der Bundesregierung, inzwischen geht es um über 300 Milliarden Euro, und der Aufstockung der 2% des BIP des Rüstungshaushaltes auf 3% bis 2030 durch die Nato-Länder (für Deutschland ein zweistelliger Milliardenbetrag) soll die arbeitende Bevölkerung und Jugend einen hohen Preis bezahlen:

- Mit einer neuen Offensive der Kaputtsparpolitik gegen die Krankenhäuser: Lauterbachs „Reform“ heißt das Aus für über 1.000 Kliniken.
- Mit weiterem Reallohnverlust, so das „Angebot“ der öffentlichen Arbeitgeber, Regierungen, im Tarifkampf ÖD. Solidarität mit den für diese Forderungen streikenden Kolleg*innen!
- Mit der Zersetzung des gesetzlichen Rentensystems: Als Aktienrenten werden unsere Renten zu Spekulationskapital an der Börse.
- Mit weiteren drastischen Einsparungen gegenüber den Schulen, wie es die Pläne der Kultusminister fordern.

Deshalb treten wir als Gewerkschafter*innen ein für

- ⇒ Nein zu Hunderten Milliarden starken Kriegshaushalten, zu weiteren Aufrüstungsmilliarden!
- ⇒ Für die Verteidigung des Reallohns plus! Nein zu Lohnverzicht und Ausweitung prekärer Arbeit!
- ⇒ Milliarden für Krankenhäusern, Schulen, Kitas!
- ⇒ Nein zum Kaputtsparen der Kommunen! Nein zu weiteren Privatisierungen!
- ⇒ Allgemeiner Preisstopp!
- ⇒ Senkung der Höchstmieten! Für einen Mietenstopp, der bezahlbare Mieten erzwingt!

Wir sagen Nein zu einer Eskalation der Waffenlieferungen, die noch mehr Soldaten und Zivilisten töten, Städte und Dörfer zerstören und ihre Bewohner in die Flucht treiben wird.

Waffenstillstand sofort!

Wir sagen Nein zur Sanktionspolitik gegen Russland.

Nein zum Wirtschaftskrieg, was Deutschland mit der Deindustrialisierung bezahlt und welche die Existenz der kleinen und Handwerksbetriebe und Millionen mit dem sozialen Absturz bedroht.

Ich unterstütze den Aufruf „Gewerkschafter sagen: Nein zum Krieg – Nein zum sozialen Krieg gegen den Sozialstaat“:

Name, Organisation/Funktion, Adresse oder E-Mail, Unterschrift, Spende

- o Mit der Veröffentlichung meines Namens bin ich einverstanden.
- Die Angaben zu Organisation/Funktion dienen nur der Information.

Kontakt: Gotthard Krupp, GotthardKrupp@t-online.de, Fax 030 31 31 662, Knesebeckstr.98, 10623 Berlin
Michael Altmann, Frankfurt, Michael.Altmann@gmx.net